

GONEU3 Geschäftsordnungsvorschlag

Antragsteller:in: Landesvorstand
Tagesordnungspunkt: 3 Beschluss der Geschäftsordnung

Antragstext

1 **Geschäftsordnung (Vorschlag)**

- 2 1. Stimmberechtigt sind die von den Kreisverbänden gewählten Delegierten.
- 3 2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gemeldeten
4 Delegierten anwesend ist.
- 5 3. Die Konferenz wählt sich ein fünfköpfiges Tagungspräsidium, welches die
6 Veranstaltung leitet. Das Präsidium beurkundet die Beschlüsse der
7 Konferenz und führt das Protokoll.
- 8 4. Die Konferenz wählt eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission.
- 9 5. Rederecht haben die Delegierten, vom Landesvorstand eingeladene Gäste
10 sowie alle anwesenden Jusos.
- 11 6. Die Beratungen sind öffentlich, sofern die Stimmberechtigten nichts
12 Gegenteiliges beschließen. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit
13 werden in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
- 14 7. Die Redezeit darf 3 Minuten nicht überschreiten.
- 15 8. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt
16 der Antrag als abgelehnt.
- 17 9. Wortmeldungen sind textlich oder digital beim Präsidium einzureichen. Das
18 Präsidium erteilt das Wort in der Reihenfolge der eingegangenen Meldungen
19 im Wechsel eine Person, die sich der Gruppe FINTA* (Frauen,
20 Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Transgeschlechtliche, Ageschlechtliche
21 und * alle weiteren, die vom Patriarchat negativ betroffen sind und sich
22 nicht männlich definieren) zugehörig fühlt, und einem Mann oder umgekehrt.
23 Liegen nur noch Wortmeldungen von Männern vor, dann wird nach drei
24 Redebeiträgen über eine Öffnung der Redeliste für drei weitere
25 Redebeiträge durch alle Delegierten abgestimmt, die sich zur Gruppe FINTA*
26 zugehörig fühlen.
- 27 10. Die Delegierten haben das Recht, Geschäftsordnungs-, Initiativ- und
28 Änderungsanträge zu stellen. Über Geschäftsordnungsanträge ist unmittelbar
29 nach dem laufenden Redebeitrag unter Anhörung jeweils einer Für- und
30 Gegenrede abzustimmen. Bei Beantragung der sofortigen Beendigung der
31 Aussprache wird vor der Abstimmung die Redner:innenliste verlesen.

- 32 11. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 10
33 Delegierten aus 3 Kreisverbänden unterstützt werden und wenn der Anlass
34 für den Antrag nach Ablauf der Antragsfrist eingetreten ist.
- 35 12. Antragsschluss für Änderungs- und Initiativanträge ist eine Stunde nach
36 Beginn der Konferenz und wird durch das Präsidium bekannt gegeben. Anträge
37 werden auch behandelt, wenn sie sich auf die vorgelegten Änderungsanträge
38 beziehen.
- 39 13. Über die Reihenfolge der Antragsberatung entscheidet das Präsidium. Das
40 Präsidium kann der Konferenz zusammengefasste Abstimmungsvorlagen
41 vorschlagen.
- 42 14. Das Präsidium nimmt die Personalvorschläge entgegen und gibt unmittelbar
43 vor den Wahlgängen das Ablaufen der Bewerbungsfrist bekannt.
- 44 15. Jede delegierte Person, die sich der Gruppe FINTA* (Frauen,
45 Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Transgeschlechtliche, Ageschlechtliche
46 und * alle weiteren, die vom Patriarchat negativ betroffen sind und sich
47 nicht männlich definieren) zugehörig fühlt, kann die sofortige Abhaltung
48 eines FINTA*-Plenums beantragen. Dieser Antrag ist durch eine Mehrheit der
49 anwesenden, FINTA*-Delegierten zu beschließen und bedarf keiner
50 öffentlichen Begründung. Bei Zustimmung wird die Konferenz unterbrochen.
51 Gleichzeitig zum FINTA*-Plenums findet ein Männerplenum statt, welches
52 sich kritisch mit dem eigenen Verhalten gegenüber FINTA*-Personen
53 auseinandersetzt.

A1NEU7 Arbeitsprogramm Jusos Thüringen 2021 bis 2023 – Dem Morgen Rot entgegen!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 01.10.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 2021 ist ein weiteres Jahr der Einschränkungen. Die Corona-Pandemie hält uns
2 alle trotz vieler Anstrengungen weiter in Atem. Daraus resultieren neben den
3 großen gesellschaftlichen Herausforderungen natürlich auch einige Auswirkungen
4 auf unser ehrenamtliches Engagement bei den Jusos. Darüber hinaus haben wir
5 eineinhalb anstrengende Wahlkämpfe (leider nur einen halben Landtagswahlkampf)
6 hinter uns.

7 Nichtsdestotrotz wollen wir mit diesem Arbeitsprogramm den Blick nach vorn
8 wagen: Dem Morgen Rot entgegen!

9 **1. Unser Selbstverständnis und unser Verhältnis zur SPD**

10 Wir Jusos Thüringen verstehen uns als eigenständiger politischer Jugendverband.
11 Wir haben einen allgemeinpolitischen Anspruch. Und wir wollen politische
12 Veränderungen erwirken!

13 Mit gleichgesinnten, jungen Menschen kämpfen wir als sozialistischer,
14 queerfeministischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband
15 für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Es ist unser Anspruch, eigene
16 Vorstellungen und Ideen für ein besseres Zusammenleben in der Diskussion und im
17 Abwägen der Argumente zu entwickeln und gleichzeitig die gegenwärtige Politik
18 aktiv mitzugestalten. In diesem Zusammenhang sehen wir unseren Verband zugleich
19 als Ideenschmiede und als Motor für gesellschaftliche Veränderungen.

20 Wir sind Teil der Arbeiter:innenbewegung und Teil der Sozialdemokratie. Für
21 unseren Willen nach politischen und gesellschaftlichen Veränderungen bildet die
22 SPD unsere zentrale Plattform.

23 Die letzten Jahre mit starken Kampagnen und nicht zuletzt mit der erfolgreichen
24 zurückliegenden Bundestagswahl zeigen, dass die Jusos die SPD wieder zur
25 transformatorischen Kraft in der Gesellschaft bewegen können. Verbunden mit
26 diesem Ziel ist unser Wille, Jusos auf allen politischen Ebenen in entsprechende
27 Positionen zu bringen, um den Führungsanspruch der SPD in der gesellschaftlichen
28 Linken nachhaltig und glaubhaft wieder aufzubauen und zu sichern.

29 Ganz real bedeutet das unsere Bereitschaft zum politischen Kampf auch innerhalb
30 unserer Partei. Dabei bleibt unser Verhältnis zur SPD in gleichen Teilen
31 kritisch und solidarisch.

32 **2. Inhalte voran!**

33 "Dem Morgen Rot entgegen!" bedeutet, dass wir Jusos uns inhaltlich noch stärker
34 einbringen wollen in die Herausforderungen unserer Zeit. Wir haben Ideen,

35 Vorstellungen und konkrete Anliegen, um mit einer jungsozialistischen
36 Perspektive auf die Welt und Ihre Probleme zu schauen. Das fängt im Kleinen vor
37 Ort in den Städten und Gemeinden an, geht über auf unser Thüringer Politik-Chaos
38 und endet nicht an irgendwelchen Grenzen, sondern reicht internationalistisch
39 über die ganze Erdkugel.

40 Für unser Engagement ergibt sich ein allgemeinpoltischer Anspruch: Das ganze
41 Leben ist politisch, jeden Aspekt des gesellschaftlichen Zusammenlebens
42 begreifen wir als politisch. Vor diesem Hintergrund beschäftigen wir uns
43 grundsätzlich mit allen relevanten Themen in unserer politischen Arbeit.

44 Wir Jusos stellen uns als sozialistischer, feministischer und
45 internationalistischer Richtungsverband auf. Zudem verstehen wir uns seit
46 einigen Jahren auch als ökologisch-nachhaltiger Jugendverband. Diese Grundwerte
47 prägen durchgängig unser politisches Engagement.

48 Auf dieser Basis treiben uns die großen Fragen dieser Zeit an:

- 49 • Die Corona-Frage.

50 Wir diskutieren nicht erst seit diesem Jahr die Lösungen für die drängenden
51 Probleme in dieser Pandemie. Viele Ideen und Überlegungen sind bereits weit vor
52 dieser globalen Herausforderung aufgekommen.

53 Besonders unser Gesundheitssystem muss grundlegend überarbeitet werden. Wir
54 halten dabei an unserer Forderung fest, die Krankenhäuser zu verstaatlichen.
55 Gerade Thüringen muss sich umfangreicher an dieser eminent wichtigen Form der
56 Daseinsvorsorge beteiligen. Gesundheit und Wohlergehen darf nicht
57 marktwirtschaftlichen Überlegungen zum Opfer fallen. Konsequenz setzen wir uns
58 für die Aufhebung der Zwei-Klassen-Gesellschaft, für die Abschaffung des
59 Fallpauschalensystems im Gesundheitswesen ein und fordern eine einheitliche
60 Bürger:innenversicherung, in die alle Menschen entsprechend ihrer Möglichkeiten
61 einzahlen.

62 Vielerorts zeigte sich zudem, wie rückständig Deutschland im Bereich der
63 Digitalisierung ist. Wir setzen uns für einen lückenlosen Ausbau von Breitband
64 und Mobilfunk in allen Ecken Thüringens ein und wollen die digitale Bildung
65 stärken. Hier liegt eine Hauptvoraussetzung für moderne Arbeit, Bildung und alle
66 digitalen Möglichkeiten.

67 Aber die Corona-Pandemie lässt sich weder national noch europäisch lösen. Aus
68 diesem Grund wollen wir noch viel stärker auf internationale Zusammenarbeit und
69 Solidarität bauen. Corona kann nur global besiegt werden, wie vieles andere
70 mehr.

71 Und nicht zuletzt haben uns die Ausnahmezustände, Lockdowns und Maßnahmen einmal
72 mehr vor Augen geführt, dass die Perspektiven junger Menschen und Kinder häufig
73 hinter anderen Interessen zurückstecken müssen. Unser Auftrag ist es, einerseits
74 die Jugendbeteiligung zu stärken und dauerhaft zu sichern und andererseits die
75 Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

- 76 • Die Frage von Arbeit und Kapital.

77 Wir stellen die Verteilungsfrage des 21. Jahrhunderts. Als Jungsozialist:innen
78 vertreten wir ein emanzipatorisches Gesellschaftsverständnis. Wir wollen die

79 Menschen befähigen, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse hin zu einer
80 Gesellschaft der Freien und Gleichen zu verändern.

81 Den Gegensatz von Kapital und Arbeit und die damit einhergehenden Krisen der
82 kapitalistischer Reproduktionslogik wollen wir überwinden. Es sind die
83 Beschäftigten, die mit ihrer Arbeitskraft den Mehrwert schaffen, den andere als
84 Profit einsacken. Praktisch bedeutet das für uns: Wir müssen die Gewerkschaften
85 in ihren Kämpfen um gute Arbeit und bessere Arbeitsbedingungen unterstützen. Bei
86 den Kämpfen um höhere Löhne, geringere Arbeitszeiten, mehr betriebliche
87 Mitbestimmung sowie dem Kampf gegen die Prekarisierung der Arbeit und um die
88 Standorte stehen wir an der Seite der Beschäftigten.

89 Thüringen ist noch immer ein Land der Geringverdiener:innen. Das müssen wir
90 ändern, ein höherer Mindestlohn allein reicht hierfür leider nicht. Daher setzen
91 wir uns für eine Lohnangleichung zwischen Ost und West ein.

92 Auch das Steuersystem wollen wir folgerichtig anpacken: Die wirtschaftlich
93 Privilegierten müssen über Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer mehr zur
94 Gemeinschaft beitragen.

- 95 • Die Frage nach einer solidarischen Gesellschaft.

96 Wir Jusos wollen eine solidarische Gesellschaft der Vielfalt und Weltoffenheit.
97 Und wir brauchen eine Gesellschaft, die für Chancengleichheit sorgt, egal wo man
98 herkommt, wie man aussieht, wen man liebt oder welchem Geschlecht man sich
99 zugehörig fühlt.

100 Als (queer-)feministischer Richtungsverband bekämpfen wir das Patriarchat, das
101 insbesondere Frauen, aber auch die LGBTIQ+-Community diskriminiert. Wir
102 verfolgen gezielt die Gleichstellung der Geschlechter und wollen die gläsernen
103 Decken durchstoßen. Menschen werden allerdings nicht nur aufgrund ihres
104 Geschlechts benachteiligt, deshalb verstehen wir unseren Feminismus als
105 intersektional.

106 Zur Chancengleichheit gehört auch der Grundsatz „Aufstieg durch Bildung“. Wir
107 stehen für gute Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder, Jugendlichen und jungen
108 Erwachsenen. Das geht nur elternunabhängig und mit großen Investitionen in
109 Schulen, Personal und moderne Lehr- und Lernmittel. Darüber hinaus wollen wir
110 die Thüringer Gemeinschaftsschule stärken – längeres gemeinsames Lernen bringt
111 die Gesellschaft zusammen.

112 Gerade in Thüringen gehört zudem der unablässige Kampf gegen Rechts zum Alltag.
113 Während andere vom Linksruck schwafeln, stellen wir uns der realen Bedrohung von
114 rechts entgegen. Wir müssen diese Umtriebe zurückdrängen und streiten mehr denn
115 je für ein Demokratiefördergesetz zur dauerhaften Finanzierung von politischer
116 Bildung sowie von Projekten und Strukturen für Demokratie und gegen Rechts.
117 Die Einschränkungen des Asylrechts lehnen wir hingegen entschieden ab. Asylrecht
118 bleibt Menschenrecht, wer flüchten muss, kann in Thüringen ein neues Zuhause
119 finden. Dafür müssen wir uns stärker um die Integration bemühen, die keine
120 Einbahnstraße sein darf.

- 121 • Die Klimafrage.

122 Es ist die größte Herausforderung unserer Zeit, den menschengemachten
123 Klimawandel zu begrenzen. Zum Verhindern ist es längst zu spät, die Menschheit
124 insbesondere die Industrieländer leben über ihre Verhältnisse. Wir müssen jetzt
125 – sofort – umsteuern, auf null Emissionen, auf Klimaneutralität. Diese Aufgabe
126 versteht sich international und macht weder an nationalen noch kontinentalen

127 Grenzen halt.
128 Es geht nur mit einer konsequenten Energiewende auf 100 % erneuerbare Energien
129 und den Verzicht auf fossile Energieträger. Klare und verbindliche Ausbauziele
130 für Solaranlagen, Windkraft und Geothermie müssen Hand in Hand mit verbesserten
131 Stromnetzen und größerer Energieeffizienz gehen.

132 Auf dieser Grundlage müssen wir auch unsere Wirtschaft transformieren – und zwar
133 sozial und ökologisch, gemeinsam mit den Arbeitnehmer:innen. Wir wollen die
134 Unternehmen und Betriebe in Thüringen bei diesen Aufgaben unterstützen und
135 gleichzeitig die Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen, damit niemand auf der
136 Strecke bleibt.

137 Zum Umbau der Wirtschaft gehört auch die zwingend notwendige Reform der
138 Landwirtschaft. Wir müssen weg von der industriellen Massentierhaltung und vom
139 großflächigen Einsatz von Pestiziden, hin zur bäuerlichen und ökologischen
140 Agrarwirtschaft. Das stärkt das Tierwohl und entlastet die Umwelt.

141 Nicht zuletzt braucht es eine Mobilitätswende. Wir wollen eine
142 Mobilitätsgarantie für alle Menschen mit einem ausgebauten ÖPNV und gleichzeitig
143 den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen. Auch in Thüringen muss jedes
144 Dorf mit Bus oder Bahn gut zu erreichen sein. Dazu müssen wir das Azubi-Ticket
145 weiterentwickeln, damit alle Kinder und Jugendlichen mittelfristig kostenlos von
146 A nach B kommen. Und für die Wirtschaft bedeutet diese Wende: Güter müssen von
147 der Straße auf die Schiene.

148 Dem Morgen Rot entgegen! Wir gehen diese Fragen an - mit euch und unser aller
149 Perspektive..

150 **3. Verband zum Mitmachen!**

151 Die Corona-Pandemie macht uns allen zu schaffen. Teilweise war das öffentliche
152 und private Leben eingeschränkt und eingeschlafen. Natürlich hatte das auch
153 Auswirkungen auf unseren Jugendverband. Ohnehin waren die vergangenen Jahre
154 nicht einfach für die Sozialdemokratie und die Jusos. Unsere Mutterpartei hatte
155 sich trotz einer starken NoGroKo-Kampagne der Jusos in eine erneute Große
156 Koalition geschleppt und Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die SPD wurde
157 verspielt. In Kombination mit den Schwierigkeiten für ehrenamtliches Engagement
158 durch die Pandemie sind unsere Mitgliederzahlen nach unten gegangen. Viele
159 engagierte Mitglieder sind zudem aus den Jusos altersbedingt herausgewachsen,
160 immer weniger eingetreten. So viel Ehrlichkeit gehört dazu: Die Jusos waren in
161 den letzten zwei Jahren nicht das attraktivste Angebot für junge Menschen, um
162 sich politisch zu engagieren. Das wollen wir ändern!

163 Auch unser Landesverband hat unter den pandemischen Auswirkungen und
164 Einschränkungen gelitten. Wir konnten deutlich weniger Veranstaltungen
165 durchführen und auch unsere inhaltliche Arbeit musste zurückstecken. Zwar haben
166 wir unser Veranstaltungsprogramm den digitalen Möglichkeiten angepasst, aber das
167 ersetzt Präsenztreffen natürlich nicht zu 100 Prozent. Dennoch sind wir diesen
168 Lernprozess gegangen und nehmen einige Erkenntnisse mit.

169 In erster Linie möchten wir aber der Mitgliederentwicklung entgegenwirken: Wir
170 wollen beginnend mit der Landeskonzferenz eine Mitgliederkampagne mit dem Slogan
171 ebendieser ins Leben rufen: "Dem Morgen Rot entgegen". Gemeinsam mit allen Jusos
172 wollen wir unsere Ideen und Vorstellungen einer Post-Corona-Gesellschaft
173 zeichnen und diskutieren, wie unser Zusammenleben besser gestaltet werden muss.
174 Einerseits wollen wir damit unsere Mitglieder aktivieren und andererseits
175 bewusst junge Menschen in ganz Thüringen ansprechen und für unsere Ziele

176 gewinnen. Denn die jungsozialistische Perspektive auf die Herausforderungen
177 dieser Zeit ist enorm wichtig und auch verdammt gut.

178 Darüber hinaus planen wir ein großes Bildungsprogramm, aufbauend auf unseren
179 inhaltlichen Schwerpunkten, und viele Veranstaltungen und Formate, die bereits
180 in den vergangenen Jahren zum festen Bestandteil unserer Jahresplanung geworden
181 sind. Hinter uns liegen eineinhalb Wahlkämpfe, vor uns liegen zwei Jahre ohne
182 Wahlen. (Wobei, wir sind immer noch in Thüringen...) Das bedeutet, wir haben viel
183 Zeit für ein abwechslungsreiches Bildungsprogramm mit thematischer Arbeit,
184 zahlreichen Veranstaltungen und Vernetzungen.

185 Dabei wollen wir möglichst alle Jusos mitnehmen und zum Mitmachen bewegen. Wir
186 setzen auf verschiedene Formate und Methoden: Von Vorträgen und
187 Diskussionsrunden über Seminare und Workshops wollen wir euch und uns
188 weiterbilden. Dazu planen wir u.a. wieder themenspezifische, eintägige
189 Seminartage an Wochenenden. Aber auch Aktionen bei denen der politische Aspekt
190 nicht zwingend im Vordergrund steht, etwa Wanderungen, Filmabende oder
191 sportliche und kulturelle Events wollen wir - wie es sich für einen
192 Jugendverband gehört - anbieten.

193 Neben den inhaltlichen und thematischen Angeboten spielen in unserem
194 Bildungsprogramm auch die Qualifikationen und Kompetenzen, die wir alle im
195 ehrenamtlichen und politischen Kontext benötigen, eine Rolle. Auch hier gilt
196 unser Grundsatz: Empowerment und Hilfe zur Selbsthilfe!

197 Soweit es politisch und unter den Bedingungen der Corona-Pandemie möglich ist,
198 möchten wir einen neuen Anlauf für eine internationale Bildungsreise nehmen.

199 Fester Bestandteil bleibt darüber hinaus auch unser Auftaktwandern zu Beginn
200 eines jeden Jahres.

201 Nicht zuletzt werden wir auch Neumitgliederseminare durchführen, um unseren
202 neuen Mitgliedern die Grundlagen unseres Verbandes und unseres Zusammenhalts
203 näher zu bringen.

204 Nach vielen Videokonferenzen freuen wir uns vorwiegend Präsenzveranstaltungen zu
205 organisieren - immer mit Blick auf einen aktuellen und gebotenen Hygieneschutz.
206 Darüber hinaus möchten wir, soweit es gangbar ist, Veranstaltungen in hybrider
207 Form anbieten, da es nicht immer möglich ist, in Präsenz an allen Treffen
208 teilzunehmen.

209 Viele Veranstaltungen finden in Erfurt in unserem Juri 158 statt oder entlang
210 der Thüringer Städtekette, aber unser Anspruch ist es, in ganz Thüringen vor Ort
211 und dezentral präsent zu sein.

212 Selbstverständlich unterstützt der Landesverband die Teilhabe und Mobilität, in
213 dem wir die Fahrtkosten zu unseren Veranstaltung übernehmen.

214 **4. Wir vernetzen uns!**

215 Als Verband vieler engagierte junger Menschen mit einem klaren Wertekompass
216 zeichnet es uns aus, dass wir uns untereinander austauschen und solidarisch
217 unterstützen.

- 218 • Kreisverbände & regionale Vernetzung

219 Als erste Instanzen stehen hierfür die Juso-Kreisverbände vor Ort bereit. Sie
220 sind die Stütze jeglichen Engagements. Unser mittelfristiges Ziel ist es, in
221 ganz Thüringen aktive Juso-Strukturen aufzubauen und zu verstetigen. Der Juso-
222 Landesvorstand unterstützt die Kreisverbände dabei personell und
223 organisatorisch.

224 Darüber hinaus sollten sich die Kreisverbände in ihren Regionen noch stärker
225 vernetzen und gemeinsame Projekte sowie Aktionen starten. Hierbei unterstützt
226 der Landesverband organisatorisch und finanziell.

227 • Pat:innen-System

228 Der Juso-Landesvorstand sieht sich in einer besonderen Verantwortung gegenüber
229 den Kreisverbänden. Daher wollen wir unser Pat:innen-System noch besser nutzen.
230 Jedem Kreisverband ist demnach ein Mitglied des Landesvorstandes als
231 Vertrauensperson zugeordnet. Ziel dieser Systematik ist es, dass sich jedes
232 Juso-Mitglied an die zuständige Person wendet, um Ideen oder Probleme
233 anzusprechen. Grundsätzlich bleibt es eine gemeinsame Aufgabe der Kreisverbände
234 und des Landesvorstandes Informationen an die Mitglieder weitergeben.

235 Zur Arbeit der Jusos Thüringen gehören unverzichtbar unsere Vernetzungsangebote
236 und Arbeitsgruppen, die es ermöglichen, dass Jusos aus ganz Thüringen
237 zusammengebracht werden:

238 • Antifaschismus

239 Als antifaschistischer Verband ist es uns ein zentrales Anliegen, mit Vereinen,
240 Verbänden und aktiven Gruppen zusammenzuarbeiten, die sich gegen Faschist:innen
241 auf Demos, Kundgebungen, Konzerten und überall in den Weg stellen. Wir wollen
242 über rechte Strukturen aufklären, uns vernetzen und uns gegen
243 menschenverachtende Einstellungen im rechten Spektrum und in der Mitte der
244 Gesellschaft zur Wehr setzen.

245 Die Relevanz dieses Themas zieht sich durch unseren gesamten gesellschaftlichen
246 und politischen Alltag - nicht zuletzt ist Thüringen das Bundesland des NSU.
247 Daher bringen wir Jusos zusammen, die sich gegen den Rechtsruck der vergangenen
248 Jahre und die rechtsradikalen Umtriebe in Thüringen engagieren. Darüber hinaus
249 engagieren wir uns beim jährlichen antifaschistischen und antirassistischen
250 Ratschlag Thüringen finanziell, organisatorisch und inhaltlich.

251 • Frauen, Intersexuelle, Nonbinäre, Transexuelle, Agender-Vernetzung
252 (FINTA*-Vernetzung)

253 Die Vernetzung der FINTA-Personen unseres Verbandes soll zum gegenseitigen
254 Empowern motivieren. Wir wollen in einer geschützteren Umgebung einen Raum
255 geben, um Best-Practice-Beispiele für die politische Arbeit auszutauschen und
256 Strategien gegen latente und offene Diskriminierung zu entwickeln. In
257 regelmäßigen Treffen soll sich ein Netzwerk bilden, das selbstständig
258 gleichstellungspolitische und feministische Positionen erarbeitet und sich
259 gleichzeitig auch mit allen weiteren politischen Inhalten auseinandersetzen
260 kann. Hierbei soll auch die Zusammenarbeit mit SPDqueer, queeren Bündnisse und
261 anderen Initiativen, die vor Ort aktiv sind, gestärkt werden. Die
262 Frauenvernetzung arbeitet dabei trans:inklusiv.

263 • Kommunalvernetzung

264 Bei den vergangenen Kommunalwahlen sind einige Jusos in die Kommunalparlamente
265 gewählt worden. Das ist nun 2 ½ Jahre her - Halbzeit in der Legislatur. Seither
266 haben wir uns auch stärker mit kommunalpolitischen Inhalten auseinandergesetzt
267 und eine regelmäßige Kommunalvernetzung ins Leben gerufen. Das wollen wir
268 fortsetzen und euch die Möglichkeit bieten, eure unterschiedlichen Erfahrungen
269 und Perspektiven für die Gemeinden, Städte und Landkreise in Thüringen
270 auszutauschen. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit euch in konkreten
271 Politikfeldern neue Ansätze für eine jungsozialistische Kommunalpolitik
272 entwickeln. Nicht zuletzt soll diese Vernetzung auch zum gegenseitigen Empowern
273 dienen, um kommunalpolitisch interessierte Jusos für die Arbeit vor Ort zu
274 stärken.

275 • Juso-Hochschulgruppen

276 Die Juso-Hochschulgruppen sind autonome Arbeitsgruppen, die sich vor Ort an den
277 Hochschulen und Universitäten konstituieren und schwerpunktmäßig mit Hochschul-
278 und Wissenschaftsthemen auseinandersetzen. Sie arbeiten selbstständig und
279 entscheiden eigenhändig über ihre Landeskoordination. Die Landeskoordination der
280 Juso-Hochschulgruppen kann ein Mitglied in den Juso-Landesvorstand entsenden,
281 das kooptiert wird.

282 Die Jusos Thüringen unterstützen die Thüringer Juso-Hochschulgruppen weiterhin
283 dabei, hochschulpolitische Inhalte auf Landesebene zu stärken und an allen
284 Hochschulstandorten aktiv vertreten zu sein, um eine jungsozialistische
285 Hochschul- und Wissenschaftspolitik voranzutreiben.

286 • Juso-Schüler:innen und Auszubildende

287 Die Juso-Schüler:innen und Auszubildende Gruppe Thüringen streiten gemeinsam in
288 einer eigenständigen Gruppe unseres Verbandes für eine bessere Schul- und
289 Ausbildungspolitik. Hier vernetzen sich landesweit alle Schüler:innen und
290 Auszubildende bei den Jusos. In den kommenden zwei Jahren wollen wir die JSAG
291 reaktivieren und regelmäßige Treffen befördern, um dem Anspruch der
292 Zuständigkeit für Schul- und Ausbildungsthemen gerecht werden zu können. Bei
293 diesem Ziel unterstützt der Juso-Landesvorstand personell, inhaltlich und
294 organisatorisch. Darüber hinaus kann die JSAG ein Mitglied in den Juso-
295 Landesvorstand entsenden, das kooptiert wird.

296 **5. Aktiver Part im Bundesverband und in der Arbeiter:innenbewegung**

297 Als politischer Jugendverband in Thüringen stehen wir selbstverständlich nicht
298 allein. Wir sind Teil der Arbeiter:innenbewegung, insbesondere der
299 Arbeiter:innenjugendbewegung, die weit in die Gesellschaft hineinwirken möchte.
300 So versteht es sich beispielsweise von selbst als Juso auch
301 Gewerkschaftsmitglied in einer DGB-Gewerkschaften zu sein.

302 Als Teil des Beethovenkreises pflegen wir ebenso gewachsene Freund:innenschaften
303 zu den Thüringer Arbeiter:innenjugendverbänden: der DGB-Jugend, der Jugenden
304 ihrer Mitgliedsgewerkschaften, der Naturfreundejugend, dem Bund Deutscher
305 Pfadfinder:innen, dem Jugendwerk der AWO und den Falken. Gemeinsam möchten wir
306 auch in den kommenden beiden Jahren wieder ein Beethoven-Camp durchführen.

307 Gleichsam verstehen wir uns als aktiver Part in unserem eigenen Juso-
308 Bundesverband. Zwar zählt Thüringen zu den kleineren Landesverbänden, aber wir
309 haben es in den vergangenen Jahren immer wieder geschafft, durch gute

310 inhaltliche Arbeit den Gesamtverband voranzubringen. Diesen Weg wollen wir
311 weitergehen und uns bei den verschiedenen Formaten des Bundesverbandes
312 beteiligen. Dabei vertreten wir die Thüringer Perspektiven nicht nur beim
313 jährlichen Bundeskongress und bei den thematischen Verbandswochenenden. Wir
314 werden auch die verschiedenen Vernetzungs- und Empowerment-Programme nutzen, um
315 unseren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich zu vernetzen und
316 weiterzubilden sowie dieses Wissen in den Landesverband zu tragen.

317 **6. Wir sprechen es an**

318 Zu guter Letzt: Als Jusos nehmen wir kein Blatt vor den Mund und bleiben mit
319 unserer Kritik und unseren Meinungen lautstark. Aus diesem Grund gehört die
320 Öffentlichkeitsarbeit auch zum Kernstück unserer politischen Arbeit. Wir wollen
321 unsere Ziele, Positionen und Inhalte an alle Mitglieder und Interessierten
322 bringen und nicht zuletzt in die (politische und gesellschaftliche)
323 Öffentlichkeit hineinwirken.

324 Social Media besitzt dabei einen hohen Stellenwert. Auf diesen Plattformen
325 erreichen wir unsere Zielgruppe, wo sie ist: online. Darüber hinaus stellen wir
326 wichtige Informationen auf unserer Homepage übersichtlich zusammen. Newsletter
327 sind dagegen aus der Zeit gefallen - wir informieren künftig noch stärker über
328 Messenger.

329 Um die Kreisverbände in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, wollen wir
330 weiterhin Muster-Pressemitteilungen erarbeiten. Zusätzlich werden wir auch einen
331 Kalender mit wichtigen Daten und Tagen aufbauen, der zur Verfügung gestellt
332 wird.

333 Diese Klarheit in der Kommunikation gilt selbstverständlich nicht nur nach
334 außen, sondern auch nach innen: Wir stehen für eine solidarische
335 Diskussionskultur. Dazu gehört eine Atmosphäre, in der sich alle aktiv
336 beteiligen können, ohne ausgegrenzt zu werden. Als feministischer
337 Richtungsverband ist es uns daher besonders wichtig, auf ein ausgeglichenes
338 Geschlechterverhältnis zu achten. Zum Schutz vor Diskriminierungen werden klare
339 Ansprechpartner:innen, Awareness-Teams und Safe-Spaces für Veranstaltungen
340 eingesetzt.

341 Wir werden eine hierarchiearme Ansprache und keine Kultur des Vortragens
342 pflegen.

A2NEU4 Zeit für einen Klimakanzler!

Antragsteller:in: KV Südthüringen
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 **Warum wir für Klimagerechtigkeit kämpfen**

2 Stürme, Dürren, Brände: Laut Weltwetterorganisation tritt Extremwetter heute
3 vier bis fünfmal häufiger auf als noch in den 1970er-Jahren. Bei der
4 Flutkatastrophe im vergangenen Juli kamen in Deutschland knapp 200 Menschen ums
5 Leben, das Hochwasser verursachte Schäden in Milliardenhöhe. - Der
6 menschengemachte Klimawandel und seine Auswirkungen gehören längst zu unserem
7 Alltag.

8 Deshalb haben sich 2015 194 Staaten und die Europäische Union mit dem Pariser
9 Abkommen auf einen Neustart in der internationalen Klimapolitik geeinigt und
10 streben an, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2
11 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu
12 unternehmen, um den Temperaturanstieg bei 1,5 Grad zu stoppen. Dennoch warnt der
13 Weltklimarat (IPCC): Bereits 2030 könnte sich der Planet im Vergleich zum
14 vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad erwärmt haben – deutlich schneller also,
15 als man bisher angenommen hatte!

16 Die Klimakrise ist für uns eine Gerechtigkeitskrise: Während die
17 Industriestaaten maßgeblich zur Erderwärmung beigetragen haben und dies immer
18 noch tun, sind die Hauptbetroffenen die Menschen des globalen Südens.

19 Klimaschutz ist für uns zuallererst ein gewaltiges Industrieprojekt. Wir wehren
20 uns dagegen, die Verantwortung für den Klimaschutz auf Einzelpersonen
21 abzuwälzen. Wenn Menschen ihr Verhalten klimabewusst ändern, beispielsweise
22 ihren Fleischkonsum reduzieren oder vom Auto auf die Bahn umsteigen, ist das
23 zwar ein wichtiger Beitrag.

24 Außerdem wollen wir nachfolgende Generationen für die Schaffung gerechter
25 sozialer Verhältnisse, einen nachhaltigen Umgang mit der Natur und nachhaltiges
26 Wirtschaften sensibilisieren. Denn ein Wandel hin zu nachhaltiger Entwicklung
27 ist keine individuelle, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, bei der wir die
28 Kommunen als Träger:innen der Bildungseinrichtungen gewinnen wollen, die Bildung
29 für nachhaltige Entwicklung (BNE) ausweiten und begreifen z.B. Schulen,
30 Volkshochschulen, Universitäten, Bündnisse oder Kirchen als Orte, an denen
31 Nachhaltigkeit gelebt und vermittelt werden kann.

32 Gleichzeitig wissen wir, dass die Klimakrise nur bewältigt werden kann, wenn wir
33 unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen. Wir stehen vor einer neuen industriellen
34 Revolution, die fossile Wirtschaftsstrukturen überwinden und gute Arbeit in
35 einer dekarbonisierten Wirtschaft ermöglichen muss.

36 Wie eine verfehlte Politik Arbeitsplätze vernichten kann, hat Deutschland in der
37 Solarindustrie erlebt. Die rot-grüne Bundesregierung sorgte Anfang der 2000er
38 dafür, dass Deutschland zum Weltmarktführer aufstieg. Dank Schwarz-Gelb gingen
39 später in der deutschen Solarbranche viermal mehr Jobs verloren, als heute noch
40 Menschen in der Braunkohleindustrie beschäftigt sind. Wir kämpfen deshalb für
41 eine Politik, die gute Arbeit und konsequenten Klimaschutz nicht als Gegensätze
42 versteht. Vielmehr sehen wir eine gescheiterte Klimapolitik als große Gefahr für
43 den Wirtschaftsstandort Deutschland.

44 Unsere Klimapolitik orientiert sich am global noch verfügbaren CO₂-Budget.
45 Dieses bezeichnet die CO₂-Emissionen, die von der Menschheit noch verursacht
46 werden dürfen, um eine globale Erwärmung von 1,5 Grad nicht zu überschreiten.
47 Die Verteilung dieses Budgets auf einzelne Staaten, insbesondere auch mit Blick
48 auf die historisch hohen Emissionen der Industriestaaten, ist eine politisch
49 hoch umstrittene Frage und kann nicht alleiniger Maßstab für klimapolitisches
50 Handeln sein. Verteilt man die global noch verfügbaren Restemissionen pro Kopf
51 ergäbe sich daraus ab Anfang 2020 für Deutschland noch ein Budget von 4,2
52 Gigatonnen CO₂. Dieses Budget erkennen wir als transparentesten
53 Gerechtigkeitsmaßstab an und streben an, dieses nationale Budget nicht zu
54 überschreiten.

55 Mit Blick auf die vielen offenen Fragen hinsichtlich des nationalen
56 Budgetansatzes sieht das Pariser Abkommen explizit eine Abweichung davon vor und
57 enthält in seinem Kern die Möglichkeit, Klimaschutzmaßnahmen in anderen Staaten
58 zu finanzieren und so die maximale ökonomische Effizienz bei der
59 Emissionsvermeidung zu erreichen. Diesem Mechanismus schließen wir uns an,
60 möchten aber betonen, dass wir Länder des globalen Südens bei klimafreundlichen
61 Industrialisierungsbestrebungen unterstützen wollen. Klar ist aber auch:
62 Regelungen zur globalen Emissionsvermeidung dürfen nicht zur Ausrede für die
63 Industriestaaten für heimisches Nicht-Handeln verkommen. Mit Blick auf die
64 besonders hohe Klimaschuld Deutschlands, als historisch viertgrößter Emittent
65 von Treibhausgasen, und seine besonderen Bedingungen als reicher Staat, streben
66 wir deshalb die Klimaneutralität der Bundesrepublik bis 2035 an.

67 **Was wir wollen**

68 **1. Sozialwende**

69 Als Sozialdemokrat:innen sehen wir den Klimaschutz als Chance - Kluge
70 Klimapolitik sichert und schafft Jobs, höhere Löhne sowie gute
71 Arbeitsbedingungen. Dafür braucht es jetzt mutige Entscheidungen. Die 2020er
72 Jahre müssen ein Investitionsjahrzehnt werden: Mit Investitionen in
73 klimaneutrale Industrieanlagen, Energieversorgung, Mobilität, Gebäudesanierung
74 und Wasserstoffinfrastruktur entstehen hunderttausende neue Arbeits- und
75 Ausbildungsplätze im ganzen Land.

76 Gleichzeitig stehen die Beschäftigten z.B. im Kohlebergbau, der
77 Automobilherstellung oder der Stahl- und Elektroindustrie vor großen
78 strukturwandelbedingten Herausforderungen. Wir wollen dabei niemanden allein
79 lassen, sondern die Aufgaben als Gesellschaft solidarisch schultern.
80 Beschäftigte in diesen Industrien sollen weiterhin von sicheren Jobs profitieren
81 und ihren Lebensstandard halten und verbessern können. Deswegen fordern wir ein
82 Recht auf Weiterbildung verknüpft mit einer Einkommensgarantie – ein erster
83 Schritt in diese Richtung ist das Transformationskurzarbeiter:innengeld.

84 Seit Anfang 2021 gibt es in Deutschland einen nationalen CO₂-Preis auf fossile
85 Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich. Zunächst mit 25 Euro pro Tonne CO₂
86 startend, soll dieser Preis schrittweise erhöht werden und 2025 55 Euro pro
87 Tonne erreichen. In der Zeit danach soll die Bepreisung mit einem
88 Emissionshandel und festen Preiskorridoren erfolgen.

89 Die CO₂-Bepreisung halten wir für ein wichtiges und effektives Instrument, um
90 einen Anreiz für klimafreundliche Technologien zu setzen und
91 Treibhausgasemissionen zu senken. Sie kann aber auch Ungerechtigkeiten
92 verschärfen, weil sie insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen
93 belastet. Das wollen wir ändern und den CO₂-Preis zu einem echten
94 Umverteilungsinstrument machen!

95 Damit er eine stärkere Steuerungswirkung entfaltet, muss der CO₂-Preis bereits
96 ab dem 1. Januar 2023 auf mindestens 60 Euro pro Tonne erhöht werden und
97 möglichst schnell einen Wert von 195 Euro erreichen – denn so hoch liegen laut
98 Schätzung des Umweltbundesamtes die langfristigen Folgekosten einer Tonne CO₂.
99 Perspektivisch stellen wir uns eine Einbindung in einen europäischen
100 Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr vor, den die Europäische
101 Kommission im Sommer vorgeschlagen hat.

102 Diese Erhöhungen müssen aber sozial abgefedert werden und dürfen nicht ihre
103 Lenkungswirkung verfehlen: So wollen wir aus den Einnahmen des CO₂-Preises die
104 EEG-Umlage vollständig abschaffen und die Stromsteuer und die Umsatzsteuer
105 deutlich senken, damit strombasierte Technologien wie die Elektromobilität oder
106 Wärmepumpen („Sektorenkopplung“) attraktiver werden. Ergänzend soll ein
107 Klimawohngeld dafür sorgen, dass sich Wohngeldempfänger:innen auch neue oder
108 sanierte Wohnungen leisten können und investitionsbedingte Mieterhöhungen nicht
109 zu sozialen Verwerfungen führen. Außerdem müssen die Mehrkosten durch den CO₂-
110 Preis beim Heizen vollständig von den Vermieter:innen getragen werden – denn nur
111 sie können eine umweltfreundliche Heizungsanlage einbauen!

112 Die Entfernungspauschale wollen wir in ein Mobilitätsgeld umwandeln. Die
113 geltende Pauschale von 30 Cent pro Kilometer Entfernung zum Arbeitsplatz
114 reduziert das zu versteuernde Einkommen - wer viel verdient, profitiert mehr.
115 Das Mobilitätsgeld von 10 Cent pro Entfernungskilometer soll hingegen direkt von
116 der

117 Steuerlast abgezogen werden. Der finanzielle Vorteil für Besserverdienende würde
118 damit zugunsten der Geringverdienenden aufgehoben.

119 Darüber hinaus wollen wir die verbleibenden Einnahmen aus dem CO₂-Preis mit
120 einer Pro-Kopf-Klimaprämie an die Bürger:innen zurückerstatten und so einen
121 kurzfristigen Umverteilungseffekt erzielen. Denn es sind vor allem Wohlhabende,
122 die am meisten zur Klimakrise beitragen!

123 **2. Energiewende**

124 Die Grundlage für das Erreichen von Klimaneutralität ist eine vollständig
125 erneuerbare Energieversorgung. Der gesamte Energiebedarf der Energiewirtschaft,
126 des Verkehrs, der Gebäudeheizung und der Industrie muss durch einen Mix aus 100%
127 regenerativer Energie gedeckt werden. Diese Umstellung verändert das
128 Energiesystem grundlegend: Weg von einem fossilen, zentralen und starren, hin zu
129 einem erneuerbaren, dezentralen und flexiblen Energiesystem.

130 Für uns ist die Energiewende deshalb nicht einfach nur eine klimapolitische
131 Notwendigkeit oder ein technisches Konzept, sondern auch eine grundlegende
132 sozialdemokratische Idee: Die Erzeugung und der Transport von Energie gehören
133 nicht in die Hände großer Konzerne, sondern müssen dem Gemeinwohl dienen. Unsere
134 Energiewende geschieht von Bürger*innenhand!

135 Deutschland steht heute gut da: 17% des Primärenergiebedarfs werden bereits aus
136 Erneuerbaren Energien gedeckt, beim Strom sind es sogar 46%. Jetzt braucht es
137 neue Impulse, um die bisher reine Stromwende zu einer echten Energiewende zu
138 machen und auch in den Bereichen Verkehr, Wärme und Industrie den Erneuerbaren
139 zügig zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür ist ein neues System der Steuern und
140 Abgaben am Energiemarkt notwendig, ebenso wie ein klarer Fahrplan für den Ausbau
141 der Erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur, der eine
142 vollständig erneuerbare Energieversorgung bis 2035 ermöglicht.

143 Die Umstellung auf ein vollständig erneuerbares Energiesystem birgt die
144 Notwendigkeit, aber auch die Chance, den Primärenergiebedarf massiv zu senken
145 und aus heimischen Quellen zu decken. 2020 wurden noch knapp 3250 TWh an Energie
146 für die Bereiche Strom, Gebäudeheizung, Mobilität und Industrie verbraucht,
147 wovon knapp 70% importiert wurden. Ein vollständig erneuerbares Energiesystem
148 kommt, einer kürzlich erschienen Studie des DIW zufolge, hingegen mit gut 1200
149 TWh aus. Das gelingt durch den Ausstieg aus ineffizienten Verbrennungsprozessen
150 mit fossilen Energieträgern und den Einstieg in die direkte Nutzung von
151 erneuerbar erzeugtem Strom in Form von Power-To-X-Technologien im Rahmen der
152 Sektorenkopplung, die zu erheblichen Effizienzgewinnen führen. Gleichzeitig sind
153 wir aber überzeugt, dass es auch tatsächliche Effizienzgewinne durch eine
154 Umstellung unseres Wirtschaftssystems auf eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft
155 dringend braucht.

156 Während der Primärenergiebedarf deutlich sinkt, wird der Strombedarf durch die
157 Sektorenkopplung in den nächsten Jahren z.B. durch Wärmepumpen, Elektromobilität
158 oder Wasserstoff massiv ansteigen. Angelehnt an die aktuelle Studienlage und um
159 einen zusätzlichen Puffer für eine schneller Dekarbonisierung zu schaffen, gehen
160 wir von einem Anstieg des Strombedarfs auf mehr als 700 TWh bis 2030 und über
161 1200 TWh beim Erreichen einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung im Jahr
162 2035 aus. An diesen Zielen muss sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien
163 orientieren und bis 2030 zu mindestens 80% und bis spätestens 2035 zu 100% den
164 Strombedarf

165 decken. Um die Ziele tatsächlich zu erreichen, muss das jährliche Energiewende-
166 Monitoring der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit allen großen Instituten des
167 Landes eine ständig angepasste Prognose über den künftigen Primärenergie- und
168 Strombedarf enthalten, um auf aktuelle Entwicklungen unmittelbar reagieren zu
169 können.

170 Um unseren Energiebedarf in allen Sektoren künftig erneuerbar decken zu
171 können, ist braucht der Ausbau der Erneuerbaren Energien im wahrsten Sinne des
172 Wortes mehr Power. Wir streben dafür einen Energiemix aus Wind, Sonne,
173 Wasserkraft, Biomasse und Geothermie sowie die Koppelung an eine Power-To-X-
174 Wirtschaft an.

175 Doch: Mit den unübersichtlichen Regeln des aktuellen Erneuerbare-Energien-
176 Gesetzes (EEG) und einem Wirrwarr aus Ausschreibungen, Direktvermarktungen,
177 Stromkaufvereinbarungen (sogenannte Power-Purchase Agreements oder PPAs) und

178 Förderungen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren nicht schnell genug
179 vorantreiben können. Deshalb streben wir eine Rückkehr zu den Anfängen des EEG
180 und feste staatliche Einspeisevergütungen an Stelle von Ausschreibungen an. Das
181 macht es für Bürger*innen und Genossenschaften wieder einfacher und attraktiver,
182 selbst die Erneuerbaren auszubauen, statt die Energiewende großen Konzernen zu
183 überlassen. Waren die hohen Fördersummen für die Einspeisevergütung der
184 Erneuerbaren Energien Anfang des Jahrtausends noch ein echter Preistreiber, sind
185 die Erneuerbaren heute die günstigste Form der Energieerzeugung, sodass sie mit
186 sehr geringen oder sogar ganz ohne Fördersummen auskommen.

187 Wir wollen mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der
188 nötigen Flächenausweisung und der Direktförderung den Ausbau der Erneuerbaren
189 Energien deutlich beschleunigen und jährliche Mindestausbauziele statt
190 Höchstgrenzen festlegen. Bei Zielverfehlung steigen die Einspeisevergütungen,
191 bei Zielerreichung sinken sie – so erreichen wir den nötigen Ausbau sicher und
192 zu ökonomisch opportunen Kosten.

193 Konkret erachten wir einen Ausbau der installierten Photovoltaik-Leistung auf
194 mindestens 150 GW, der On-Shore Windenergie auf mindestens 100 GW und der Off-
195 Shore Windenergie auf 25 GW bis 2030 für nötig, um unser Ziel einer vollständig
196 erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 zu erreichen.

197 Um das zu erreichen, wollen wir im Bereich der On-Shore Windenergie deutlich
198 mehr Flächen bereitstellen - und zwar durchschnittlich 2% der Landes- und
199 Gemeindeflächen. Genehmigungsverfahren müssen verkürzt und vereinfacht werden,
200 Instrumente zur Vorplanung in Windvorranggebieten stärker genutzt und
201 artenschutzrechtliche Vorgaben bundesweit vereinfacht werden: Die Genehmigung
202 eines Windparks darf in Zukunft nicht mehr sechs Jahre dauern, sondern muss in 6
203 Monaten gelingen!

204 Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen in den Standortgemeinden zu stärken,
205 wollen wir Teilhabe der Bürger:innen sowohl finanziell wie auch im Prozess
206 ausweiten und dafür sorgen, dass im Sinne einer echten Bürger:innen-Energiewende
207 vor allem die Kommunen profitieren.

208 Windenergieanlagen auf dem Meer haben große Vorteile, denn sie liefern
209 verlässlich und nahezu über das gesamte Jahr Strom. Mittlerweile kann Strom aus
210 Offshore-Anlagen ohne EEG-Förderung erzeugt werden und ist ideal für die
211 Herstellung von grünem Wasserstoff. Zwar sind bis 2030 20 Gigawatt Leistung
212 geplant, ein Großteil allerdings erst Ende des Jahrzehnts. Das ist zu langsam.
213 Im selben Zeitraum müssen 25 Gigawatt erreicht werden. Um das zu schaffen,
214 braucht es ausreichend Raum für Offshore-Windparks. Die Netzanbindung muss
215 sichergestellt, die Flächenentwicklungspläne für Nord- und Ostsee unverzüglich
216 angepasst werden: Wir schlagen vor, Konflikte in der Nutzung mit anderen
217 Akteur:innen und zuständigen Verbänden zu lösen, also Vertreter:innen aus
218 Schifffahrt, Militär, Fischerei und Naturschutz in die Planungen einzubeziehen.
219 Außerdem soll Deutschland zügig in Verhandlungen mit Dänemark und den
220 Niederlanden zur Umsetzung gemeinsamer Offshore-Projekte einsteigen.

221 Solarenergie ist eine zentrale Säule der Energiewende. Auch hier braucht es
222 deutlich mehr Tempo: Ende 2020 waren etwa 54 Gigawatt Photovoltaik in
223 Deutschland installiert, bis 2030 ist mindestens eine Verdreifachung notwendig.
224 Grundsätzlich gilt: Versiegelte Flächen vor! Wir wollen deshalb eine
225 Solarpflicht für Neubauten sowie Dachsanierungen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden
226 inklusive Parkplätzen einführen. Innovative Formen wie Fassaden-,

227 Lärmschutzwall- und Agrarphotovoltaik wollen wir durch separate Einspeisetarife
228 fördern. Über die Standorte von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen die
229 Kommunen künftig allein entscheiden und von den Ländern fachliche Unterstützung
230 bei der Ausweisung erhalten.

231 Das Ziel einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 bedeutet
232 auch: Ein Kohleausstieg bis 2038 ist zu spät. Deutschland muss bis 2030 komplett
233 aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Wahrheit gehört: Durch den starken
234 Anstieg des CO₂-Preises im europäischen Emissionshandel und verbunden mit einem
235 künftig schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien wird der Betrieb von
236 Kohlekraftwerken für die Kraftwerksbetreiber:innen bereits bis 2030 nicht mehr
237 wirtschaftlich darstellbar sein. Der Markt ist hier schneller als die Politik.

238 Gerade als Sozialdemokrat:innen müssen wir ehrlich mit den Anwohner:innen von
239 Kohleregionen wie der Lausitz und den Beschäftigten umgehen: Die von der
240 Bundesregierung beschlossenen Strukturwandelhilfen müssen schneller eingesetzt,
241 gegebenenfalls erhöht und in Verkehrsinfrastruktur, den Aufbau neuer Industrien
242 und Arbeitsplätze investiert werden. Halten wir an den politisch vereinbarten
243 Zielmarken fest, wird der Strukturwandel scheitern!

244 Gleichzeitig gilt aber auch: Einen politisch auf 2030 festgesetzten
245 Kohleausstieg lehnen wir ab, da daraus die Notwendigkeit zusätzlicher
246 Entschädigungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber:innen als Konsequenz aus der
247 Energy Charta Treaty resultiert. Statt großen Unternehmen ihre in fragwürdigen
248 Investitionsschutzabkommen zugesicherten Entschädigungen zu erhöhen, wollen wir
249 lieber in den Strukturwandel und den Ausbau der Erneuerbaren investieren und so
250 bereits bis 2030 für vitale und klimaneutrale Kohleregionen sorgen.

251 Am Atomausstieg halten wir fest.

252 Ohne Netzausbau geht gar nichts. Doch dieser kommt aktuell nur schleppend voran.
253 Schwerfällige Planungsverfahren und rechtliche Hürden führen sogar dazu, dass
254 fossil betriebene Kraftwerke als "staatliche Reserve" länger als nötig in
255 Betrieb bleiben. Um gegenzusteuern, müssen Übertragungsnetze so geplant und
256 gebaut werden, dass sie insbesondere den zusätzlichen Strom aus Offshore-
257 Windparks zuverlässig transportieren können.

258 Um die Netzauslastung zu optimieren und Strom für die Herstellung von grünem
259 Wasserstoff, das Aufladen von Elektroautos und den Betrieb von Wärmepumpen
260 flexibler und angepasst an die aktuelle Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu
261 verbrauchen („Spitzenglättung“), wollen wir den flächendeckenden Einbau
262 intelligenter Stromzähler („Smart Meter“) nicht erst bis 2032, sondern bereits
263 bis 2025 erreichen.

264 Einzelne Erneuerbare Energien sind nicht 24/7 gleichbleibend verfügbar: Sie sind
265 "Teamplayer:innen", ergänzen sich und machen fossile Energieträger überflüssig –
266 solange für ausreichend Speicher gesorgt wird. Power-to-X bezeichnet
267 verschiedene Technologien zur Umwandlung und Speicherung von Stromüberschüssen,
268 wenn zum Beispiel die Sonne im Breisgau mal wieder tagelang scheint oder an der
269 Nordseeküste eine steife Brise weht. Diese Überschüsse können bei Bedarf
270 abgerufen werden, beispielsweise an bewölkten und windstillen Tagen. In
271 Forschung und Entwicklung von Power-to-X-Anlagen fließen bereits heute hohe
272 Fördersummen aus Deutschland und Europa, aber ihr Betrieb ist dennoch häufig zu
273 teuer. Damit diese Speicher reifen und billiger werden, müssen sie jetzt im
274 großen Stil eingesetzt werden. Deshalb wollen wir nicht nur die Forschung,

275 sondern auch den Betrieb solcher Anlagen staatlich fördern und streben an,
276 gespeicherten Strom von allen Abgaben und Umlagen zu befreien. Denn die
277 Speicherung von Energie ist eine notwendige Systemdienstleistung!

278 Darüber hinaus wollen wir die Versorgungssicherheit über die Spitzenglättung,
279 den Ausbau zusätzlicher zentraler Batteriespeicher und den Ausbau von
280 Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung unter dem Einsatz erneuerbarer Gase
281 sicherstellen und finanziell stärker honorieren als bisher.

282 Bei allen diesen Umstellungen wollen wir zurück zu unseren Wurzeln: Einer
283 Energiewende die aufs Konto der Bürger:innen einzahlt und ihnen mehr
284 Mitbestimmung eröffnet. Landauf, landab gibt es bereits vorbildliche Projekte
285 von Engagierten, die die Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen. Wir
286 möchten Ansätze wie Bürger:innenwerke, Energiegenossenschaften und
287 Mieter:innenstrommodelle fördern. Ihre Rahmenbedingungen sollen verbessert, ihre
288 Gründung vereinfacht werden - beispielsweise durch Unterstützung von
289 Stadtwerken. Unser Ziel lautet, die Energiewende so dezentral wie möglich zu
290 organisieren und nicht nur zur größten klimapolitischen Umstellung, sondern auch
291 zur größten Umverteilungsaktion in diesem Land zu machen!

292 **3. Wärmewende**

293 Die Wärmeversorgung ist der hidden champion beim Klimaschutz: So ist die
294 Wärmeversorgung für 40% des Endenergiebedarfs und ein Drittel der
295 Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch gerade in diesem Bereich sind mit
296 Blick auf die langen Investitionszyklen nur relativ langsame Umstellungen
297 möglich, sodass der Gebäudesektor 2020 sein im Bundes-Klimaschutzgesetz
298 festgelegtes Emissionsziel verfehlte! Umso schlimmer: Obwohl er gesetzlich zu
299 einem Sofortprogramm zur Zielerreichung ab dem nächsten Jahr verpflichtet ist,
300 hat Horst Seehofer als zuständiger Minister bis heute kein ausreichendes
301 Sofortprogramm vorgelegt. Das zeigt einmal mehr: Die Union verspielt unsere
302 Zukunft!

303 Um den Gebäudebestand bis 2035 klimaneutral zu gestalten, muss die geplante
304 Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sofort erfolgen und die
305 energetische Gebäudesanierung und den Einsatz erneuerbarer Heizenergien
306 beschleunigen.

307 Das GEG wollen wir dahingehend anpassen, dass ab 2023 im Neubau der Einsatz von
308 fossilen Öl- und Gasheizungen nicht mehr möglich ist und die Gebäude den KfW-40-
309 Effizienzstandard erfüllen. Das ist bereits heute für einen Großteil der
310 Neubauten der Fall und technisch kein Problem.

311 Doch auch im Gebäudebestand haben fossile Heizsystem keine Zukunft, sodass es
312 auch hier ab 2024 keinen Einbau neuer Öl- und Gasheizungen mehr geben darf. Das
313 ist eine große Herausforderung, denn nicht mal 20% des Gebäudebestands
314 entsprechen den aktuellen energetischen Sanierungsstandards. Mit der kostenlosen
315 Erstellung verpflichtender Sanierungsfahrpläne zeigen wir für jedes Gebäude den
316 Weg zur Klimaneutralität auf. Für die Förderung von energetischer
317 Gebäudesanierung und erneuerbarer Wärme in Gebäuden möchten wir deshalb die
318 "Bundesförderung effiziente Gebäude" auf 12 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen.
319 Klimaschonende Alternativen wie Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets
320 bringen wir damit schneller in die Wohnungen und Häuser.

321 Für Haushalte mit niedrigem Einkommen wollen wir darüber hinaus eine erhöhte
322 Förderung für den Austausch von Öl- und Gasheizungen ansetzen. Außerdem möchten

323 wir die Heizkostenverordnung so verändern, dass die CO₂-Preis-bedingten
324 Mehrkosten fürs Heizen nicht mehr auf Mieter:innen umgelegt werden dürfen. Denn
325 nur die Vermieter:innen können die Heizungsanlage eines Gebäudes austauschen und
326 damit den CO₂-Ausstoß je verbrauchter Kilowattstunde beeinflussen! Sozialer
327 Kälte – im wahrsten Sinne des Wortes – erteilen wir eine klare Absage.

328 Fern- und Nahwärme aus klimaschonenden Energieträgern hat großes Potenzial, um
329 ganze Quartiere zu versorgen und die Wärmeversorgung von einer privaten zu einer
330 öffentlichen Aufgabe zu machen. Die Länder sollen deshalb schrittweise zur
331 Durchführung kommunaler Wärmeplanungen für alle Gemeinden, beginnend bei den
332 bevölkerungsstärksten, verpflichtet werden. Hierdurch können Fern- und
333 Nahwärmenetze deutlich besser geplant werden. Durch den verstärkten Einsatz von
334 Großwärmepumpen, Solar- und Geothermie, industrieller Abwärme und grünem
335 Wasserstoff wollen wir den Anteil klimafreundlich erzeugter Wärme bis 2030
336 mindestens verdoppeln.

337 **4. Verkehrswende**

338 “Autogerecht” sollten sie sein: Mitte des 20. Jahrhunderts orientierte sich die
339 Stadtplanung vor allem am motorisierten Individualverkehr. Das hatte gute Gründe
340 - passt aber nicht mehr in unsere Lebensrealität. Die Mobilität der Zukunft muss
341 klimaschonend gedacht werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dafür
342 soll ein neues Bundesmobilitätsgesetz sorgen - dieses beinhaltet Ziele für mehr
343 Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität in Städten und
344 Dörfern.

345 Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist ein wichtiges Planungsinstrument für
346 Schiene, Straße und Wasserwege. Bislang folgt er der Logik, dort auszubauen, wo
347 Engpässe zu vermuten sind. Das ist jedoch nicht zeitgemäß - im BVWP 2030 sind
348 zahlreiche Aus- und sogar Neubauprojekte von Bundesfernstraßen enthalten und
349 ignoriert das sogenannte Verkehrsparadoxon: Wo bessere Infrastruktur
350 bereitsteht, entwickelt sich mehr Verkehr. Klimaneutralität lässt sich so nicht
351 erreichen. Wir fordern deshalb einen “Klimacheck” für den
352 Bundesverkehrswegeplan: Sämtliche im BVWP gelisteten Projekte sollen darauf
353 untersucht werden, ob sie klimaschonenden Verkehr fördern. Danach werden sie neu
354 priorisiert oder aus den Bedarfsplänen gestrichen.

355 Ab dem Jahr 2030 wollen wir keine Fahrzeuge mit fossilem Verbrennungsmotor mehr
356 zulassen – eine große Herausforderung für das Automobilland Deutschland.
357 Dennoch ist das der richtige Schritt: Zum einen wird der klassische Verbrenner
358 schon bald international nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Wer sich an diese
359 Technologie von gestern klammert, riskiert, dass Deutschland seine führende
360 Rolle in der Autoindustrie verliert. Zum anderen sind fossile Verbrenner mit der
361 Maßgabe Klimaneutralität bis 2035 nicht vereinbar. Automobilunternehmen,
362 Zulieferbetriebe und vor allem die dort Beschäftigten sollen diesen Prozess
363 mitgestalten. Wir wollen diese Gruppen bereits 2022 mit Vertreter:innen aus
364 Politik und Umweltverbänden an einen Tisch bringen. Nach dem Vorbild der
365 “Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung” (kurz:
366 Kohlekommission) sollen sie gemeinsam Vorschläge für einen sozialverträglichen
367 Verbrennerausstieg erarbeiten.

368 Im Individualverkehr erweist sich E-Mobilität als effizient. Bis 2025 sollen
369 mindestens 5 Millionen, bis 2030 mindestens 15 Millionen batterieelektrische PKW
370 auf den Straßen unterwegs sein. Die Kfz-Steuer wollen wir so umbauen, dass sich
371 der Kauf eines E-Autos gegenüber dem eines Verbrennerfahrzeugs auch dauerhaft

372 und spürbar finanziell lohnt. Kaufprämien wollen wir dagegen auslaufen lassen,
373 da sie vor allem eine Subvention für Gutverdienende sind. Die Förderung von
374 Plug-In-Hybriden muss bereits im nächsten Jahr auslaufen; die Förderung
375 vollelektrischer Fahrzeuge in einem angemessenen zeitlichen Abstand zum
376 Verbrenner-Aus. Mit den freiwerdenden Mitteln wollen wir stattdessen den ÖPNV
377 stärken und in einen Ausbau der Ladeinfrastruktur investieren. Mit einem neuen
378 Masterplan Ladeinfrastruktur wollen wir den Aufbau von genügend
379 Lademöglichkeiten beschleunigen und insbesondere strukturell-unterserviert
380 Gruppen, wie die Menschen im ländlichen Raum, Mieter:innen und
381 Berufspendler:innen am Arbeitsplatz in den Fokus rücken.

382 Eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur sorgt nicht nur für eine schnellere
383 Verkehrswende, sondern trägt auch zur Stabilität eines zukünftigen
384 Energiesystems bei: Unter dem Stichwort der Sektorenkopplung – also der
385 Vernetzung aller Bereiche des Energiesystems – wollen wir das volle Potenzial der
386 E-Mobilität nutzen und batterieelektrische Fahrzeuge in einem digitalisierten
387 Stromnetz zur Zwischenspeicherung von überschüssigem Strom oder zur
388 Netzstabilisierung („Demand Side Management“/ „Spitzenglättung“) einsetzen.

389 Grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollten mit Blick auf deren
390 Energieeffizienz dagegen mit Bedacht eingesetzt werden und dem Langstrecken- und
391 Schwerlastverkehr sowie Flugzeugen und Schiffen vorbehalten bleiben. Die Zukunft
392 ist elektrisch!

393 Das eigene Auto ist auf Pendelstrecken, für die Arbeit und viele andere
394 Situationen wichtig, gerade im ländlichen Raum. Um die Verkehrswende zu
395 schaffen, wollen wir das Privatfahrzeug wie auch Kurzstreckenflüge Schritt für
396 Schritt überflüssig machen. Car-, Bike- und sonstige Sharing-Angebote wollen wir
397 ausweiten. Gerade im ländlichen und vorstädtischen Raum sollen die Kommunen,
398 Landkreise und Stadtwerke dafür zusammen Konzepte entwickeln.

399 Wir fordern eine Schienenoffensive, die Deutschlands Bahninfrastruktur ins 21.
400 Jahrhundert holt und Verspätungen und Störungen der Vergangenheit angehören
401 lässt. Zwar wurden die Bundes-Investitionen in den letzten Jahren deutlich
402 angehoben, im europäischen Vergleich hinkt Deutschland dennoch hinterher: 2020
403 steckte Deutschland 88 Euro pro Bürger:in ins Schienennetz - Norwegen 228, die
404 Schweiz 440, Luxemburg gar 567 Euro. Deutschland darf den Anschluss nicht
405 verlieren und muss bei den Investitionssummen nachziehen.

406 Der Schienenverkehr muss vor allem im ländlichen Raum wieder einen höheren
407 Stellenwert bekommen, um allen Menschen ein effizientes öffentliches
408 Mobilitätsangebot machen zu können. Deshalb wollen wir stillgelegte Bahnstrecken
409 reaktivieren und mit einer angemessenen Taktung ausstatten. Bahnhöfe wollen wir
410 zu barrierefreien und vitalen Mobilitätsknotenpunkten in Verbindung mit
411 Bushaltestellen, Park + Ride-Plätzen mit Ladestationen für die E-Mobilität, Car-
412 und Bike-Sharing-Angeboten sowie Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten
413 weiterentwickeln. Um auch im Fernverkehr eine echte Alternative zum Flugzeug zu
414 sein, müssen das Schnellzug- und das Nachtzugnetz ausgeweitet bzw. aufgebaut
415 werden.

416 Um den Gütertransport zu dekarbonisieren und die Autobahnen zu entlasten, wollen
417 wir wieder mehr Güter auf der Schiene transportieren. Viele Unternehmen haben
418 daran bereits heute ein großes Interesse, werden aber durch eine mangelhafte
419 Infrastruktur ausgebremst. Dafür müssen die Fördermittel des Bundes deutlich
420 aufgestockt werden.

421 Insgesamt müssen insbesondere Raumordnungsverfahren und
422 Umweltverträglichkeitsprüfungen für Schienenprojekte deutlich vereinfacht
423 werden, um unmittelbare bauliche Fortschritte erzielen zu können.

424 Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver machen. Die Taktung
425 von Bussen und Bahnen soll dauerhaft erhöht werden. In Großstädten soll der 5-
426 Minuten Takt die Regel sein, in Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in
427 ländlichen Gebieten mindestens der 1-Stunden-Takt. Außerdem möchten wir zwischen
428 5 und 24 Uhr eine Mobilitätsgarantie einführen: In diesem Zeitraum sollen ÖPNV-
429 Angebote an allen Wochentagen überall nutzbar sein. Um das zu realisieren,
430 setzen wir neben klassischen Fahrplänen auf "On-Demand-Services" – telefonisch
431 oder via App können so bei Bedarf beispielsweise Kleinbusse bestellt werden.

432 Wir kämpfen für einen ticketlosen, also komplett gebührenfreien Nahverkehr, denn
433 Mobilität ist für uns kein privates Anliegen, das vom eigenen Geldbeutel oder
434 Wohnort abhängt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und die
435 Grundvoraussetzung von Teilhabe.

436 Als Zwischenschritt befürworten wir 365 Euro-Jahrestickets pro Bundesland und
437 vergleichbare Modelle, die insbesondere Kindern und Jugendlichen – die
438 zwangsläufig ohne eigenen PKW mobil sein müssen – eine adäquate und günstige
439 Mobilitätsoption an die Hand gibt.

440 Kommunen wollen wir zur Finanzierung des ÖPNV eine weitere Einnahmequelle
441 ermöglichen: Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen mit 10 oder mehr
442 Mitarbeiter:innen. Nach dem Vorbild Frankreichs können Kommunen dann selbst
443 entscheiden, diese Abgabe zu erheben. Auch die jeweilige Höhe wird von der
444 Gemeinde festgelegt.

445 **5. Industriegewende**

446 Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts verlangt eine
447 Wirtschaftspolitik, die Betriebe wie Beschäftigte bei der Transformation
448 unterstützt. Die Dekarbonisierung wird nur zum Erfolg, wenn auch die
449 Energiewende gelingt, denn unsere Stromproduktion muss nicht nur klimaneutral
450 geschehen, sondern auch für den steigenden Stromverbrauch der Industrie
451 ausgebaut werden. Manche Industrieanlagen werden bald einen Offshore-Windpark
452 für sich alleine brauchen. Darauf muss kluge Wirtschaftspolitik vorausschauend
453 reagieren.

454 Grund für den steigenden Strombedarf ist vor allem die Nutzung von Wasserstoff
455 als Energieträger in der Industrieproduktion. Damit dieser auch klimaneutral
456 erzeugt wird, wir also von "grünem Wasserstoff" sprechen können, bedarf es einer
457 neuen Wasserstoffstrategie. Eine Wasserstoffstrategie 2.0 muss Bedarfe ehrlich
458 erfassen, entsprechende Ziele formulieren und letztlich zu deren Umsetzung
459 beitragen. Dabei spielen neben der Produktion auch Transport und Lagerung eine
460 zentrale Rolle. Lange wurde der zukünftige Strombedarf zu geringgeschätzt und so
461 wichtige Zeit verloren. Mit der Stromlüge muss nun Schluss sein und das
462 Industrieprojekt klimaneutrales Deutschland endlich angepackt werden.

463 Aber auch an der Substanz der deutschen Industrie werden massive Veränderungen
464 nötig. Mehr als die Hälfte aller energieintensiven Industrieanlagen werden neu
465 gebaut werden müssen. Damit Industrieabwanderung vorgebeugt und Lock-In-Effekte
466 verhindert werden können, müssen die entsprechenden wirtschaftspolitischen
467 Rahmenbedingungen geschaffen werden.

468 Ein Mittel dafür können Klimaschutzverträge bzw. "Carbon Contracts for
469 Difference" sein. Solche Verträge zwischen dem Bund und einem Unternehmen sorgen
470 für Planungssicherheit, minimieren Risiken und beschleunigen den Wandel zur
471 klimaneutralen Wirtschaft. Für Anschaffung und Betrieb klimaneutraler
472 Technologien wird eine feste Prämie pro vermiedener Tonne CO₂-Äquivalente
473 festgelegt, die CO₂-Vermeidungskosten gegenüber klimaschädlichen
474 Referenzinvestitionen kompensiert. Kurzum: Klimaschutzverträge kurbeln
475 Investitionen in klimaneutrale Industrieanlagen massiv an. Ändern sich die
476 Rahmenbedingungen während der Vertragslaufzeit, beispielsweise durch steigende
477 CO₂-Preise, wird der Vertrag entsprechend angepasst. Das Schließen solcher
478 Klimaschutzverträge muss dabei an Faktoren wie dem CO₂-Vermeidungs- und
479 Transformationspotential gemessen werden.

480 Doch auch mit einem Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien lässt sich ein
481 lineares Wirtschaftssystem nicht nachhaltig betreiben. Viel mehr braucht es eine
482 Kreislaufwirtschaft, die dem Grundsatz „Cradle To Cradle“ folgt und die
483 Vermeidung von Abfällen durch ein konsequentes Wertstoff-Denken voranbringt: Nur
484 wenn wir alle Materialien für Konsum und Produktion so designen, dass sie
485 Grundlage für weiteres Wirtschaften anstatt für eine Sondermüll-Entsorgung sind,
486 können wir die steigende Inanspruchnahme von Land, Energie und Primärrohstoffen
487 wirksam stoppen und umkehren.

488 Vor allem der Bausektor spielt als größter Ressourcenverbraucher dafür eine
489 entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb auf eine klare Vorfahrt für die
490 Sanierung und den Erhalt von Gebäuden und eine Standortpolitik, die
491 Infrastruktur und Menschen auch in ländlichen Räumen hält, anstatt dem
492 Urbanisierungs-, und damit Neubauzwang, weiter folgt. Für uns ist klar: Das
493 nachhaltigste Gebäude ist das, was schon steht!

494 Doch auch in Zukunft lässt sich Bauen nicht vollständig vermeiden, sodass wir
495 hier dringend eine andere Rohstoffpolitik brauchen: Anstatt mineralische
496 Baustoffe wie Beton oder Stahl einzusetzen, die nur unter hohem Energieaufwand
497 und mit dem Abbau von Rohstoffen hergestellt werden können, setzen wir auf
498 nature-based solutions wie das Bauen mit Holz, Stroh, Hanf oder anderen
499 nachhaltigen Bau- und Dämmstoffen. Denn diese vermeiden nicht nur
500 Energieverbrauch und Emissionen, sondern können langfristig Kohlenstoff in sich
501 speichern und zum Aufbau kreislauffähiger Ökosysteme beitragen.

502 Auch der Rückbau von Gebäuden muss viel stärker in den Mittelpunkt gerückt
503 werden und direkt beim Neubau bedacht werden. So wollen wir gemeinsam mit dem
504 Beantragen einer Baugenehmigung die Pflicht zur Erstellung eines Rückbauplans
505 einführen, der eine klare Perspektive für die Weiterverwendung der in einem
506 Gebäude eingesetzten Rohstoffe nach dem Abriss definiert und nicht-
507 recyclingfähige Baustoffe schrittweise verbietet.

508 **6. Finanzwende**

509 An der Finanzierung darf ein klimaneutrales Deutschland nicht scheitern. Diese
510 industrielle Revolution verlangt deshalb eine Finanzpolitik, die mutig anpackt.
511 Die dafür notwendigen Mittel können Bund und Länder vielfach aus ihren
512 Steuereinnahmen decken. Wo das nicht der Fall ist, muss sich unsere
513 Fiskalpolitik den Anforderungen anpassen. – Die schwarze Null darf den Weg zur
514 Klimaneutralität nicht gefährden!

515 Der einfachste Weg, um Mittel für Investitionen in ein klimaneutrales
516 Deutschland zu gewinnen und gleichzeitig schon aktiv etwas für den Klimaschutz
517 zu tun, liegt im

518 Abbau der klimaschädlichen staatlichen Subventionen. Allein auf Bundesebene sind
519 das pro Jahr über 50 Milliarden Euro. Erfasst sind also genauso wenig
520 Subventionen der Länder und Kommunen wie nicht-finanzwirksame also indirekte
521 Subventionen beispielsweise durch Bürgschaften. Um das 1,5-Grad-Ziel zu halten,
522 müssen alle Formen klimaschädlicher Subventionen abgebaut werden – dazu zählen
523 insbesondere die Kerosinsteuerbefreiung, die Entfernungspauschale oder das
524 Dieselprivileg.

525 Dennoch ist klar, dass die überwältigende Mehrheit der eingesetzten Mittel
526 private Investitionen sein werden. Deshalb befürworten wir eine ambitionierte
527 Ausgestaltung der EU-Taxonomie, die einen klaren Rechtsrahmen für nachhaltige
528 Geldanlagen definiert.

529 **7.Agrarwende**

530 Der Fortbestand der landwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland und Europa
531 ist auf dramatische Art und Weise gefährdet: Während die Landwirtschaft die
532 Klimakrise durch CO₂-, Methan-, und Lachgasemissionen weiter anheizt, ist sie
533 gleichzeitig wie kein anderer Sektor von den Folgen der Erderhitzung betroffen.
534 Drei Dürresommer in Folge, Überschwemmungen, das Sinken des Grundwasserspiegels
535 - Bäuerinnen und Bauern spüren die Auswirkungen der Klimakrise tagtäglich.
536 Gleichzeitig hat u.a. eine einseitige Fokussierung auf den globalen Wettbewerb
537 dazu geführt, dass auch das Geschäftsmodell des Großteils landwirtschaftlicher
538 Betriebe nicht mehr nachhaltig ist. So ist die Zahl der Betriebe in nur 50
539 Jahren von 1,1 Millionen (alte BRD) auf nur noch 263.500 gesunken. Und wir
540 verlieren weitere 2-3% unserer Betriebe - jährlich! Die Landwirtschaft befindet
541 sich damit nicht nur in einer ökologischen, sondern auch ökonomischen und
542 sozialen Krise. Das wollen wir ändern. Denn der Agrar- und Forstsektor ist der
543 einzige Sektor, der sogar klimapositiv werden und damit einen herausragenden
544 Beitrag zum Erreichen der Klimaziele beitragen kann!

545 Deshalb stellen wir uns hinter die kürzlich veröffentlichten Empfehlungen der
546 Zukunftskommission Landwirtschaft und wollen eine entschlossene Agrarwende
547 umsetzen. Agrarsubventionen rein nach Fläche, so wie sie heute noch
548 hauptsächlich ausgezahlt werden, müssen zügig und planbar abgeschafft werden.
549 Stattdessen braucht es eine schrittweise vollständige Umwandlung in Zahlungen,
550 welche die Bereitstellung und den Schutz öffentlicher Güter fördern und
551 schützen. Unsere Landwirtschaftspolitik folgt dem Motto: Öffentliches Geld für
552 öffentliche Leistungen statt privater Gewinne! Nur auf diesem Weg wird es
553 gelingen, die immense Ungleichverteilung öffentlicher und zumeist nicht
554 nachhaltiger Subventionen zu stoppen und langfristig gute Einkommen für
555 Bäuerinnen und Bauern zu sichern. Es muss erklärtes Ziel sein, die Anzahl an
556 Betrieben wieder zu steigern, beispielsweise durch einen privilegierten Zugang
557 zu landwirtschaftlichen Böden für Junglandwirt:innen und eine degressive Hektar-
558 basierte Startprämie.

559 Wir setzen uns für faire Marktbedingungen für Landwirt:innen ein und wollen die
560 oligopolistischen Strukturen im Lebensmittelhandel aufbrechen. Insbesondere die
561 Förderung der Direktvermarktung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die
562 Geringschätzung von guten und gesunden Lebensmitteln und Billigpreise müssen der
563 Vergangenheit angehören.

564 Die hauptsächliche Verwendung von saisonalen, regionalen und überwiegend
565 pflanzenbasierten, Produkten in öffentlichen Einrichtungen sollte deshalb
566 zukünftig selbstverständlich sein.

567 Im Moment landet ein Drittel der Lebensmittel in Deutschland im Müll. Wir sagen:
568 Lebensmittel sind zu gut für die Tonne! Es braucht deshalb eine Verpflichtung
569 für den Lebensmittelhandel, noch genießbare Lebensmittel zu spenden. Das Retten
570 dennoch weggeschmissener Nahrungsmittel (sog. Containern) muss darüber hinaus
571 entkriminalisiert werden.

572 Eine starke Reduktion des Tierbestandes und des Konsums tierischer Lebensmittel,
573 insbesondere mindestens eine Halbierung des Fleischkonsums, ist der effektivste
574 Weg, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. So können wir auf den Import
575 großer Mengen an Futtermitteln, vorrangig aus Südamerika, verzichten und die
576 Stoff- und Futterkreisläufe wieder selbst schließen. Massentierhaltung auf der
577 einen und ein zu geringer Viehbesatz auf der anderen Seite gehören so endlich
578 der Vergangenheit an. Wir streben einen Viehbesatz von 1-2 Großvieheinheiten
579 (GVE) je Hektar und gleichzeitig vorrangig eine Grünlandhaltung an. Das bedeutet
580 nicht nur eine artgerechte Haltung unseres Viehs, sondern auch den sukzessiven
581 Aufbau neuer Grünlandflächen als artenreichste Biotope und starke
582 Kohlenstoffsinken.

583 Außerdem wollen wir die Subventionen und Steuerprivilegien für die Produktion
584 und den Vertrieb tierischer Produkte drastisch reduzieren.

585 Wichtig ist, die Agrarwende ganzheitlich zu denken und die globalen Folgen der
586 deutschen und europäischen Landwirtschafts- und damit auch Handelspolitik im
587 Blick zu haben. Eine maßgebliche Verringerung des globalen Fußabdrucks der
588 deutschen Landwirtschaft muss durch eine fast vollständige Verwendung von
589 regionalen Futtermitteln erzielt werden. Es braucht darüber hinaus einen
590 Einfuhrstopp von Agrar-Produkten, die im Ausland die Umwelt zerstören und
591 Menschenrechte verletzen. Klar ist auch: das Mercosur-Abkommen muss weiterhin
592 verhindert werden. Die SPD muss sich mit ganzer Kraft gegen ausbeutende und neo-
593 kolonialistische Handelspraktiken einsetzen!

594 Mit einer vorrangig pflanzenbasierten Ernährung ist auch eine stärkere
595 Ausweitung des Ökolandbaus vorstellbar. Wir streben eine Ausweitung des
596 ökologischen Landbaus auf mindestens 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche
597 bis 2030 an. Durch diese Umstellung und weitere technische Anpassungen lässt
598 sich der Einsatz mineralischer Düngemittel bis 2030 um mindestens 20%
599 reduzieren, wodurch 80% der Lachgasemissionen vermieden werden können.

600 Aktiv gefördert werden muss das einzigartige Potential der Landwirtschaft,
601 Treibhausgase in Böden und Feuchtgebieten zu speichern. Deshalb braucht es eine
602 ganzheitliche Förderung zum nachhaltigen Humus-Aufbau und vor allem zum
603 Wiedervernässen von Mooren. Insbesondere das Wiedervernässen als Maßnahme mit
604 der höchsten Klimaschutzwirksamkeit ist in der aktuellen nationalen
605 Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nicht vorgesehen -
606 das ist inakzeptabel! In Deutschland sind 95% der Moore entwässert. Subventionen
607 für die intensive Bewirtschaftung solcher entwässerten Feuchtgebiete müssen
608 umgehend beendet werden. Insbesondere der Abbau von Torfflächen und die Nutzung
609 von Torf haben einen umfangreichen Beitrag zur Klimaerwärmung, da hierbei große
610 Mengen CO₂ frei werden. Daher muss beides in Deutschland und ganz Europa
611 verboten werden. Durch eine entsprechende kluge und nachhaltige Behandlung von
612 Feuchtgebieten, die lediglich 4% der deutschen landwirtschaftlichen Fläche

613 ausmachen, könnten insgesamt 25% der landwirtschaftlichen Emissionen eingespart
614 werden. Eine nachhaltige Bewirtschaftung kann durch Paludikultur gelingen, also
615 die nasse Bewirtschaftung von Mooren. Beispiele sind der Anbau von ökologischen
616 Bau- und Dämmstoffen, Biomasse zur Energiegewinnung oder auch Torfmoos als
617 Torfersatzstoff.

618 Das Potential unserer Wälder als Kohlenstoffsene muss gesteigert und nicht noch
619 weiter gemindert werden. Dafür entscheidend ist auch die progressive Gestaltung
620 der EU-Taxonomie. Es muss verhindert werden, dass das Verfeuern von Biomasse als
621 „nachhaltig“ eingestuft wird und so falsche Anreize zur Abholzung gesetzt
622 werden.

623 Ein besonderes Augenmerk muss auch auf dem Aufbau von Agroforststrukturen
624 liegen, also der gleichzeitigen Bewirtschaftung mit Gehölzen, Acker und/oder
625 Tieren auf einer Fläche. Denn solche Systeme können immense Vorteile haben für
626 Bäuerinnen und Bauern (im Sinne einer Produkt- und Einkommensdiversifizierung),
627 den ländlichen Raum (durch den Aufbau regionaler Märkte) sowie das Klima und
628 die Biodiversität. 10% aller landwirtschaftlichen Flächen (und nicht nur des
629 Ackerlands) müssen zum Schutz der Artenvielfalt in nicht-produktive Flächen
630 umgewandelt werden.

631 Klar ist: Nicht bei allen Umwandlungen landwirtschaftlicher Flächen zu Klima-
632 und Biodiversitätszwecken ist eine alternative Nutzung, vor allem mit demselben
633 finanziellen Ertrag wie vor der Umwandlung, möglich. Wir fordern deshalb die
634 Einrichtung eines „Klimaretter:innen-Fonds“, welcher die finanziellen Ausfälle
635 der Landwirt:innen kompensiert.

636 **8. Internationale Klimapolitik**

637 Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung, die sich nicht national lösen
638 lässt. Nur wenn es uns gelingt, die globalen Emissionen bis 2030 um 45% im
639 Vergleich zu 2010 zu reduzieren und bis 2050 global Klimaneutralität zu
640 erreichen, können wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem
641 vorindustriellen Niveau begrenzen. Die Grundlage dafür ist die Einhaltung eines
642 global noch verfügbaren CO₂-Budgets von 400Gt CO₂ (und Budgets für verschiedene
643 andere Treibhausgase), das eine 67% Wahrscheinlichkeit liefert, das 1,5 Grad
644 Ziel einzuhalten. – Das ist angesichts von gut 36Gt globalem CO₂-Ausstoß pro
645 Jahr sehr wenig, aber mit ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen einhaltbar.

646 Im Pariser Abkommen bekennen sich alle Staaten dazu, dieses Ziel zu erreichen.
647 Dafür haben sie einen klaren Mechanismus festgelegt: Statt von Anfang an
648 verpflichtende Emissionsminderungen für jedes Land festzulegen, geben die
649 Staaten sich selbst Ziele („NDCs“), mit der Maßgabe, sie alle fünf Jahre zu
650 verschärfen. Doch nicht alle Staaten kommen dieser Verpflichtung in
651 ausreichender Weise nach, sodass die Welt laut einer aktuellen Analyse der
652 Vereinten Nation bis zum Ende des Jahrhunderts immer noch auf 2,7 Grad
653 Erderwärmung zusteuert.

654 Um mehr Verbindlichkeit in der globalen Klimapolitik zu erreichen, hat Olaf
655 Scholz die Gründung eines Klimaclubs vorgeschlagen. In diesem Club schließen
656 sich Staaten mit gemeinsamen Klimaschutzambitionen, um einheitliche
657 Wettbewerbsbedingungen für eine klimaneutrale Umgestaltung der Industrie zu
658 schaffen und so das Race To The Bottom bei Umweltschutzstandards zu beenden.

659 Die Vereinbarungen innerhalb eines solchen Klimaclubs sollten insbesondere
660 umfassen:

- 661 • gesetzlich festgeschriebene ambitionierte Zwischenziele zur
662 Emissionsminderung in den teilnehmenden Staaten und eine Verpflichtung zur
663 Klimaneutralität bis spätestens 2050
- 664 • ein gemeinsames Emissionshandelssystem
- 665 • verbindliche Standards für die umweltverträgliche Förderung von Rohstoffen
666 und den Umgang mit sensiblen Ökosystemen, insbesondere Regenwäldern,
667 Grünland, Mangroven und Meeren
- 668 • eine Kooperation im Bereich von Zukunftstechnologien, insbesondere zur
669 Herstellung von grünem Wasserstoff, zu Energiespeichern sowie zur Nutzung
670 und Abscheidung von Kohlenstoff (CCUS-Technologien)

671 Die Klimakrise hat aber auch eine historische Dimension. Denn die Staaten, die
672 bereits heute am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen,
673 haben in der Vergangenheit die geringsten Emissionen gehabt. Deshalb ist ein
674 Kernbestandteil der jährlichen Klimaverhandlungen die Unterstützung ärmerer
675 Staaten bei Klimaschutz und Klimaanpassung. Dafür haben die entwickelten Länder
676 ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar verbindlich zugesichert, ohne jedoch
677 diese Zusage einzuhalten. Deutschland muss als historisch viertgrößter Emittent
678 von Treibhausgasen seiner Verpflichtung nachkommen und seinen Beitrag zur
679 globalen Klimafinanzierung nochmals aufstocken.

680 Ebenso liegt es in der historischen Verantwortung Deutschlands, möglichst
681 schnell Klimaneutralität zu erreichen und damit nicht weiter zur Aufzehrung des
682 globalen Treibhausgasbudgets beizutragen. Unser Ziel ist ein klimaneutrales
683 Deutschland bis 2035.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A3NEU15 Luftfilter an staatlichen Schulen

Antragsteller:innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir fordern Luftfilteranlagen für alle staatlichen Schulen nach Standard HEPAH14
- 2 durch einen höheren Förderbetrag und Entbürokratisierung der Antragsverfahren!
- 3 Mit Hilfe dieser Geräte können wir die Jüngsten der Gesellschaft besser schützen
- 4 und einen sicheren Unterricht bieten, der fast ohne Einschränkungen durchgeführt
- 5 werden kann.
- 6 Im Winter vermeidet man damit ebenso das ständige Lüften des Raumes und damit
- 7 auch eine Unterkühlung der Schüler:innen, die im letzten Winter bereits stark
- 8 unter dieser Situation leiden mussten.
- 9 Auch nach der Pandemie sind die Geräte für den Alltag sehr nützlich. So kann die
- 10 Luftqualität im Unterrichtsraum verbessert und auch in Zukunft können die
- 11 Schüler:innen besser vor anderen Ansteckungskrankheiten geschützt werden.

A5 Genossenschaftliches Bauen von privaten Gruppen fördern

Gremium: KV Jena
Beschlussdatum: 21.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern, dass für private Baugenossenschaften ohne
- 2 Gewinnorientierung Unterstützungen durch das Land geschaffen werden. Neben
- 3 finanziellen Förderungen oder der Bereitstellung günstiger Kredite soll auch für
- 4 ein zentrales Beratungsangebot gesorgt werden, bei dem sich interessierte
- 5 Bürger:innen über die diese Angebote und die verwaltungstechnischen
- 6 Rahmenbedingungen für eine private Baugenossenschaft informieren können und bei
- 7 der Gründung unterstützt werden. Auch die bevorzugte Vergabe von Bauland an
- 8 solche Genossenschaften gegenüber gewinnorientierten Immobilienunternehmen soll
- 9 geprüft werden.

- 10 Private Baugenossenschaften stellen einen Zusammenschluss mehrerer Personen dar,
- 11 die Wohnraum neu schaffen. Sie stehen damit im Kontrast zum ökologisch wie
- 12 ökonomisch weniger effizienten Bau von Einfamilienhäusern. Anstatt auf den jetzt
- 13 schon begrenzten Flächen in begehrten Lagen Wohnraum für lediglich eine Familie
- 14 zu schaffen, werden die Räume besser genutzt und gemeinschaftlich geschaffen.
- 15 Dort wo staatlich geförderter sozialer Wohnungsbau nicht sinnvoll oder möglich
- 16 erscheint, stellt dieses Modell auch eine Alternative zum Verkauf an
- 17 Immobilienunternehmen dar, die auf Mieteinnahmen und Gewinnmaximierung angelegt
- 18 sind. Im Vergleich zu diesen mangelt es privaten Baugenossenschaften jedoch
- 19 häufig an finanziellen und organisatorischen Mitteln, um einen Neubau zu
- 20 verwirklichen. Hier gilt es, private Risikobereitschaft staatlich zu
- 21 unterstützen.

Begründung

Erfolg mündlich.

A6 Einführung eines:r Polizeibeauftragten in Thüringen

Gremium: KV Jena
Beschlussdatum: 14.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die Einführung einer:s Polizeibeauftragten in
- 2 Thüringen nach Berliner Vorbild, bestehend aus einer von Polizei und
- 3 Staatsanwaltschaft unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstelle für
- 4 Beschwerden von Betroffenen und Zeug:innen von Polizeigewalt, um eine neutrale
- 5 und konsequente Ermittlung und Verfolgung von Hinweisen auf Polizeigewalt und
- 6 polizeiliches Fehlverhalten sicherzustellen. Die Anonymität der Inanspruchnahme
- 7 muss gewährleistet sein.

- 8 Auch soll der:die Polizeibeauftragte als Ansprechperson für Polizist:innen
- 9 dienen, um abseits der polizeilichen Hierarchie auf Missstände im Dienst
- 10 hinweisen zu können. Der:die Polizeibeauftragte soll mit ausreichenden
- 11 Kompetenzen ausgestattet werden, um den Hinweisen unabhängig nachgehen zu
- 12 können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A7NEU Abschaffung des TSG und Einführung eines Gesetzes zur Regelung von Änderungen des Geschlechtseintrag im Personenstandsregister

Gremium: KV Jena
Beschlussdatum: 14.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir bedauern und kritisieren die Entscheidung der SPD-Bundestagsfraktion zur
2 Ablehnung der Abschaffung des Transsexuellengesetzes in der letzten
3 Legislaturperiode.
4
- 5 Die Jusos Thüringen fordern die sofortige Abschaffung des Transsexuellengesetzes
6 (TSG) von 1980 und die Einführung eines "Gesetz zur Regelung von Änderungen des
7 Geschlechtseintrag im Personenstandsregister". Dieses neue Gesetz soll die
8 aktuellen, menschenunwürdigen Regelungen und Voraussetzungen ersetzen, unter
9 denen eine Person ihren Geschlechtseintrag im Personenstandsregister ändern
10 kann.
- 11 Nach der Regelung des TSG geht der Prozess über einen sehr langen Zeitraum und
12 ist von der endgültigen Entscheidung eines Gerichts auf der Basis mehrerer
13 [psychologischer] Gutachten abhängig. Dieser Prozess stellt die betroffenen
14 Personen nicht nur vor finanzielle Probleme, die Gutachten und Gerichtskosten
15 aufzubringen, sondern auch vor die Tortur, sich von verschiedenen
16 Gutachter:innen teils entwürdigenden Untersuchungen aussetzen
- 17 Ein neues Gesetz muss eine möglichst kostenarme und psychologisch weniger
18 strapazierende Möglichkeit bieten, die Transition einer Person zu begleiten und
19 im Personenstandsregister umzusetzen.
- 20 Deswegen fordern wir, dass das Gesetz als Voraussetzung zur Änderung des
21 Geschlechtseintrags im Personenstandsregister nur noch eine Beratung vorsieht.
22 Diese soll bei einer (ggf. nicht-staatlichen) Stelle passieren, in der die
23 Beratung durch Personen durchgeführt wird, die in dem Thema versiert sind
24 und/oder schon selbst die Transition zum eigentlichen Geschlecht durchlebt
25 haben. Der amtliche und bürokratische Teil der Änderung des Geschlechtseintrags
26 im Personenstandsregister soll auf einen einfachen Verwaltungsakt des
27 Bürger:innenamtes der Gemeinde, in der die betroffene Person wohnt, reduziert
28 werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A8NEU Ausländer:innenwahlrecht

Gremium: KV Jena
Beschlussdatum: 21.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern den Juso- als auch SPD-Bundesvorstand dazu auf, sich
- 2 dafür einzusetzen, Möglichkeiten zu schaffen, dass Menschen mit ständigem und
- 3 langfristigen Lebensmittelpunkt in Deutschland aber ohne deutsche
- 4 Staatsangehörigkeit an der aktiven demokratischen und politischen Willensbildung
- 5 auf föderaler wie auch auf nationaler Ebene teilhaben können.

Begründung

Deutschland ist ein Einwanderungsland und ist auch weiterhin auf Menschen ohne deutsche Staatsbürger:innenschaft angewiesen. Dies soll nicht nur für die Wirtschaft gelten, sondern auch auf die politische und gesellschaftliche Ebene übertragen werden. 14 % der Menschen im wahlfähigen Alter, insgesamt über 5 Millionen volljährige Bürger:innen dürfen in Deutschland weder bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen wählen noch an Bürgerbegehren teilnehmen, die in der Regel ihr direktes Umfeld gestalten. Hinzu kommen EU-Bürger:innen, die zwar an Kommunal- und Europaparlamentswahlen teilnehmen können, doch ebenso von Landtags- und Bundestagswahlen ausgeschlossen sind. Diese Menschen leben zum Teil seit Jahren in Deutschland, sind von den politischen Entscheidungen täglich betroffen, zahlen Steuern und bringen sich in ihre Gemeinschaften ein. Nur wenn es richtig „zählt“, zählt ihre Stimme nicht.

Außerdem ist für viele dieser Menschen die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit aus nachvollziehbaren Gründen keine Option, etwa weil dies die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit zur Folge hätte, ohne die eine Einreise in das Ursprungsland nicht oder nur sehr schwer möglich ist.

Menschen mit Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt-EU ist auch ein Wahlrecht zuzugestehen. Für den Erhalt dieses Aufenthaltstitels müssen sehr viele Hürden genommen werden. Ein Wahlrecht für Menschen mit Aufenthaltserlaubnis können Bedingungen geknüpft werden, wie ein B2-Sprachniveau oder ein durchgängiger Aufenthalt von drei Jahren.

A9NEU Umwidmung von Straßenzügen; für eine freiheitlich-demokratische, offene Gesellschaft

Gremium: KV Erfurt
Beschlussdatum: 07.10.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen mögen beschließen:
- 2 Straßennamen, Statuen oder andere Arten des vermeintlichen Gedenkens sind in
- 3 Thüringen zum Teil nach wie vor durch Widmungen an Personen und/oder Gruppen
- 4 geprägt, welche aktive oder mindestens duldende Akteure bei der Durchführung von
- 5 kolonialen und sklavereibezogenen oder anderweitig gruppen- bzw.
- 6 menschenfeindlichen Unrechts waren. Diese Widmungen und Ehrungen laufen der
- 7 Realität einer freiheitlich-demokratischen und offenen Gesellschaft entgegen.
- 8 Die Jusos Thüringen sprechen sich hiermit für die Umwidmung entsprechend
- 9 benannter Straßenzüge sowie die Kontextualisierung sonstiger glorifizierender
- 10 Bauwerke (wie bspw. Statuen) aus.
- 11 Die Jusos Thüringen setzen sich hiermit für die Einsetzung einer Historischen
- 12 Kommission auf Landesebene ein, welche auf wissenschaftlicher Grundlage
- 13 Umbenennungen prüft und anregt.
- 14 Initiativen, welche diese Ziele ebenfalls verfolgen, gilt die jungsozialistische
- 15 Solidarität.

A10NEU Antrag zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen

Gremium: Jusos Sömmerda
Beschlussdatum: 08.10.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir wollen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken. Analog zum
- 2 Gesetz zur Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von
- 3 Senioren (ThürSenMitwBetG) soll auf Landesebene ein Gesetz für Mitwirkungs- und
- 4 Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche geschaffen werden.

- 5 In Kommunen und Landkreisen ab 5.000 Einwohner:innen sollen, insofern nicht
- 6 bereits vorhanden, Kinder- und Jugendbeiräte sowie hauptamtliche Stellen für
- 7 kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte eingerichtet werden. In der Hauptsatzung
- 8 sollen umfassende und nachvollziehbare Rechte bestimmt werden. Wir brauchen ein
- 9 Landesförderprogramm für die Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung in den
- 10 Kommunen und Landkreisen, das diese bei der Umsetzung von Praxisprojekten zur
- 11 konzeptionellen Entwicklung von Kinder- und Jugendbeteiligung vor Ort fördert
- 12 sowie dabei unterstützt, lokale Strategien eigenständiger Jugendpolitik zu
- 13 entwickeln und umzusetzen. Durch das Land Thüringen sollen hierfür in
- 14 ausreichendem Maße finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das
- 15 Landesjugendamt Thüringen soll hierbei durch Fachberatung, Förderung und
- 16 Vernetzung unterstützen. Jugendverbände und Akteur:innen der lebendigen
- 17 bestehenden Thüringer Beteiligunglandschaft sind eng einzubinden.

Begründung

Der Thüringer Landtag hat im Oktober 2019 das Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren beschlossen. Seitdem gibt es verbindliche Regelungen ab wann und wie Senior:innen in ihren Kommunen beteiligt werden müssen. Unter anderem ist in Landkreisen die Schaffung eines:r ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten verpflichtend.

Kinder und Jugendliche haben spezifische Bedürfnisse, die durch kommunale Entscheidungsträger berücksichtigt werden müssen. Die Partizipation kann darüber hinaus die regionale Verbundenheit stärken, sowie die Demokratiebildung unterstützen und fördern.

Die Einrichtung von Mitwirkungsgruppen geschieht bisher auf freiwilliger Basis und ist zum Teil von kommunalen Entscheidungsträgern nicht gewollt.

Für die Mitwirkung und Beteiligung von Senior:innen war das ThürSenMitwBetG ein großer Erfolg. Ähnliche Rechte sollten auch Kinder und Jugendliche haben.

A11NEU Antrag zur Schaffung eines Nationalen bzw. Europäischen Amputationsregisters

Gremium: KV Sömmerda

Beschlussdatum: 08.10.2021

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir fordern zunächst die Einrichtung eines nationalen Amputationsregisters.
- 2 Weiterhin soll das Ziel verfolgt werden ein solches Register auch auf
- 3 europäischer Ebene umzusetzen.

A12NEU Bindung der Ausbildungsvergütung an den Mindestlohn

Antragsteller:in: KV Sömmerda
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 • Anhebung der Mindestausbildungsvergütung auf 50% des jeweils geltenden
- 2 Mindestlohns ab 01.01.2024
- 3 • Abschaffung der Ausnahmeregelungen des §17 III und IV BBiG und Ausweitung
- 4 der Mindestausbildungsvergütung auf bisher noch nicht erfasste Branchen

Begründung

Jährlich bleiben tausende Ausbildungsplätze, vor allem im Handwerk unbesetzt. Obwohl z.B. Mechatroniker*innen, Friseur*innen, Schornsteinfeger*innen und viele andere Berufe bedeutend für unsere Gesellschaft sind, werden diese oft mit niedrigsten Vergütungen abgespeist. Jede*r vierte Auszubildende in Deutschland erhält unter 800 € Brutto monatlich (<https://karrierebibel.de/ausbildungsverguetung>).

Die von der SPD eingeführte Mindestausbildungsvergütung ist ein guter Anfang zur Behebung der Situation, jedoch noch nicht genug. Die aktuelle Mindestausbildungsvergütung i.H.v. 550 zzgl. Kindergeld liegt unter der Armutsgrenze und wird auch 2023, nach der letzten festgeschriebenen Anhebung auf 620 € im ersten Ausbildungsjahr, unter der Armutsgrenze liegen. Dies ist für uns Jungsozialisten nicht mit einem sozial gerechten Arbeitsmarkt vereinbar.

Mit einer Anhebung der geltenden Mindestausbildungsvergütung ist es möglich die Attraktivität für bislang schlecht vergütete Angebote zu steigern und die realen Möglichkeiten zur freien Berufswahl des Einzelnen zu fördern. Denn nur wer nicht durch monetäre Zwänge in seinem Leben bestimmt wird kann sich frei nennen.

Durch Koppelung der Vergütung an den Mindestlohn entfallen bürokratisch aufwendige Erhebungen (vgl. §17 II S. 2 BBiG) und schaffen einfache, verständliche Regelungen für die Arbeitenden.

Zudem ist eine Möglichkeit zur Unterschreitung durch den Abschluss von Tarifverträgen grundsätzlich abzulehnen (vgl. §17 III und IV BBiG). Gemäß Art. 20 GG ist die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Bundesstaat, mit dieser selbst auferlegten Verpflichtung geht auch einher die Interessen der wirtschaftlich Schwachen zu schützen und Ausbeutung zu verhindern.

A13NEU Studieren am Limit

Antragsteller:in: Landesvorstand
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 *Antrag des Landesvorstands und der Juso-HSGn Thüringen*

2 Im Februar 2021 startete unsere hochschulpolitische Kampagne unter dem Motto
3 „Studieren am Limit“. Dies ist keine Übertreibung, denn viele Studierende
4 studierten in den vergangenen drei Corona-Semestern durchaus „am Limit“.
5 Weggefallene Nebenjobs, fehlende Finanzhilfen vom Staat, geschlossene
6 Bibliotheken, überforderte Hochschulen – die meisten Studierenden haben es seit
7 über einem Jahr alles andere als leicht gehabt. Viele von ihnen hatten während
8 den Lockdown-Phasen existentielle Probleme, wie beispielsweise keine
9 finanziellen Mittel sowie Schwierigkeiten dem Online-Studium zu folgen. Auch die
10 mentale Gesundheit darf nicht außer Acht gelassen werden. Diese Probleme wurden
11 nicht ernst genommen und ihnen wurde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Schuld
12 daran ist allen voran die zuständige Bundesbildungsministerin, die mit
13 Untätigkeit glänzte und den Studierenden weitere Steine in den Weg gelegt hatte.

14 Wir fordern die politischen Verantwortungsträger:innen dazu auf, die Anliegen
15 der Studierenden ernst zu nehmen. Für ein Studium, das für alle Menschen
16 zugänglich, finanzierbar und durchführbar ist – auch in Zeiten einer Pandemie.

17 **Finanzen: Für ein Studium, das sich alle leisten können!**

18 Studierende gehören auch zu den Leidtragenden der Corona-Pandemie, denn ihr
19 Studienalltag hat sich seit Beginn der Pandemie vollständig verändert. Seit dem
20 Sommersemester 2020, d.h. seit nunmehr drei Semestern, spielt sich ihr gesamtes
21 Studium nur noch online ab. Vorlesungen und Seminare wurden durch
22 Videokonferenzen ersetzt, Prüfungen digitalisiert und soziale Kontakte auf dem
23 Campus auf ein Minimum beschränkt. Nebenjobs und Zusatzeinkünfte, mit denen sich
24 viele Studierende finanziell über Wasser hielten, sind weggefallen. Die Pandemie
25 hat viele von ihnen in eine finanzielle Krise gestürzt, denn adäquate staatliche
26 Hilfen von Seiten des Bundesbildungsministeriums und dessen zuständiger
27 Ministerin gab es nicht. Sie hat sich mehrfach geweigert, das BAföG zu öffnen
28 und stattdessen tausende Studierende auf ihre unzureichende **Überbrückungshilfe**
29 **in Höhe von 500 Euro** verwiesen. Um diese jedoch zu erhalten, müssen Studierende
30 zunächst ein bürokratisches Prozedere durchlaufen, indem sie nachzuweisen haben,
31 dass (1) ihre finanzielle Notlage tatsächlich pandemiebedingt eingetreten ist
32 und (2), dass ihr Kontostand weniger als 500 Euro beträgt. Treffen diese beiden
33 Punkte auf eine studierende Person zu, so erhält sie, abhängig von der Höhe
34 ihres Kontostands maximal 100 bis 500 Euro Überbrückungshilfe für einen Monat.
35 Anhand eines Beispiels bedeutet dies, dass ein:e Studierende:r mit einem
36 Kontostand von 400 Euro nur 100 Euro Überbrückungshilfe, erhält. Das sich damit
37 kaum die Miete oder die Ausgaben für Lebensmittel decken lassen, scheint die

38 Ministerin nicht begriffen zu haben. Im Gegenteil, denn für all diejenigen,
 39 deren Notlage pandemiebedingt nicht nachweisbar erscheint, schlägt die
 40 Bundesbildungsministerin die Beantragung eines **zinslosen KfW-Studienkredits** vor.
 41 Im Zuge dessen sind 37.500 Anträge zur Aufnahme eines solchen eingegangen, wobei
 42 72% der Antragsteller:innen die Kreditaufnahme mit pandemiebedingten
 43 Jobverlusten begründen. Es ist eine Schande, dass all diese Studierende sich
 44 verschulden, während **das Ministerium Millionenbeträge aus ungenutzten BAföG-**
 45 **Mitteln zurück an das Bundesfinanzministerium überweisenlässt.** Die Ministerin
 46 hat die Studierenden im Stich gelassen und diejenigen in die Verschuldung
 47 geführt, die aufgrund ihrer gescheiterten und unterbliebenen BAföG-Novelle
 48 keinen Förderanspruch genießen. Für uns ist klar: So kann es nicht weitergehen,
 49 denn ein Studium muss für alle jungen Menschen, unabhängig vom finanziellen
 50 Hintergrund, finanzierbar sein!

51 Daher fordern wir:

- 52 • Einen grundlegenden **BAföG-Anspruch für alle** sowie die Rückkehr des BAföGs
 53 zu einer elternunabhängigen Förderung in Form eines Vollzuschusses
- 54 • Den Ausbau der **Studienstarthilfe „StudiumThüringenPlus“** hin zu einer
 55 grundlegenden Studienstarthilfe, bei der ein Nachweis über die
 56 Bedürftigkeit nicht zwingend durch einem BAföG-Anspruch zu erfolgen hat.
 57 Die Bedürftigkeitsprüfung kann angesichts der geringen BAföG-Förderzahlen
 58 nicht länger nur von einer BAföG-Berechtigung abhängig gemacht werden.
- 59 • Dass die **Corona-Finanzhilfe des Landes Thüringen**, die sich aktuell auf 800
 60 Euro beläuft und die jeweils zur Hälfte als Zuschuss und als zinsloses
 61 Darlehen gewährt wird, als Alternative zu der aus Bundesmitteln
 62 finanzierten Überbrückungshilfe aufrechterhalten wird. Die Thüringer
 63 Finanzhilfe muss sich im Gegensatz zu der Bundes-Überbrückungshilfe an die
 64 finanzielle Situation der Studierenden anpassen lassen, insbesondere die
 65 Bereitstellung verschiedener Auszahlungsmethoden, wie Auszahlung des
 66 Zuschusses mit oder ohne zinsloses Darlehen.
- 67 • Wie im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag verhandelt wurde, setzten wir uns
 68 nach wie vor für die Abschaffung der **Langzeitstudiengebühren** ein. In
 69 einigen Studiengängen ist das Curriculum so gefüllt, dass nebenher das
 70 Arbeiten und sich Engagieren schlichtweg nicht möglich ist. Um den
 71 Studierenden den Druck zu nehmen, ihr Studium in der Regelstudienzeit zu
 72 absolvieren, müssen die Langzeitstudiengebühren in Thüringen abgeschafft
 73 werden.

74 **Wohnen: Für ein bezahlbares Dach über dem Kopf!**

75 Für die gut 33.000 Studierenden in Thüringen (Wintersemester 2020/21, Thüringer
 76 Landesamt für Statistik) stehen an den zehn Hochschulstandorten laut eigenen
 77 Angaben des Studierendenwerks Thüringen insgesamt über 8.000 Wohnungen zur
 78 Verfügung. Die Abdeckungsquote scheint im Vergleich mit anderen Studierenden-
 79 und Studentenwerken in Deutschland sehr gut zu sein. Dennoch gibt es an einigen
 80 Hochschulstandorten durchaus mehr Bedarf an studentischem Wohnraum. Die Mieten
 81 in den Thüringer Wohnheimen liegen im Durchschnitt warm bei 250 Euro pro Monat –
 82 ein Mietpreis, der im deutschlandweiten Vergleich ebenfalls absolut positiv
 83 hervorsticht. Und das gilt es unbedingt zu bewahren.

84 Da die meist vollmöblierten Wohnheime in regelmäßigen Abständen saniert und
 85 deren Einrichtungen erneuert werden müssen, hält das Studierendenwerk Thüringen
 86 einen Teil der Mieteinnahmen zurück, um die dafür anfallenden Kosten zu decken.
 87 Aufgrund der Pandemie fehlen erhebliche Einnahmen z.B. im Bereich der Mensen und
 88 Cafeterien, die für ein großes Haushaltsloch sorgen. Um die finanzielle Lücke zu
 89 verkleinern, standen in den letzten Haushaltsverhandlungen des Studierendenwerks
 90 Thüringen die für die Sanierung und Instandhaltung zurückgehaltenen Mitteln zur
 91 Debatte. Eine Kürzung dieser Mittel wäre fatal!

92 Um eine weiterhin gute studentische Wohnsituation in Thüringen gewährleisten zu
 93 können, fordern wir:

- 94 • Das Studierendenwerk muss bei seinem Vorhaben, für den **Ausbau von**
 95 **studentischem Wohnraum** in Thüringen zu sorgen, finanziell unterstützt
 96 werden. Günstiger Wohnraum trägt maßgeblich zur Studierbarkeit und der
 97 Attraktivität eines Studienstandortes bei.
- 98 • Die für **Sanierung und Instandhaltung der Wohnheime des Studierendenwerks**
 99 Thüringen zurückgehaltenen Mittel aus den Mieteinnahmen dürfen nicht für
 100 andere Zwecke verwendet werden. Nur so kann eine dauerhafte Bewohnbarkeit
 101 der Wohnanlagen gesichert werden.
- 102 • Studierende sind die alleinigen Nutzer:innen der Studierendenwohnheime,
 103 entsprechend muss ihr Nutzungsverhalten stets im Blick gehalten werden.
 104 Dies kann nur durch eine **rechtzeitige Einbeziehung der studentischen**
 105 **Meinung**, sprich der Mieter:innen und der Studierendenvertretungen,
 106 geschehen. Diese Einbeziehung ist bei allen Sanierungsmaßnahmen, Neubauten
 107 und bei der generellen Frage der Nutzungsformen notwendig und vom
 108 Wissenschaftsministerium einzufordern.

109 **Studentische Mitbestimmung: Entscheidungen müssen mit und nicht über Studierende** 110 **getroffen werden!**

111 Wir haben mit der Novellierung des Hochschulgesetzes erstmals eine weite
 112 Mitbestimmung für alle Statusgruppen an den Hochschulen erreicht. Leider ist
 113 jedoch nicht alles Gold was glänzt. Wir sehen bei der Mitbestimmung an
 114 Hochschulen weiterhin nötigen Reformbedarf, denn viele Entscheidungen, die
 115 Studierende direkt betreffen, werden nicht im Beisein derselben gefällt. Auch
 116 wenn das Thüringer Hochschulgesetz dafür sorgt, dass in allen offiziellen
 117 Hochschulgremien Studierendenvertreter:innen sitzen müssen, war dies vor allem
 118 zu Beginn der Pandemie nicht der Fall. Denn die sogenannten „Krisengremien“ der
 119 Hochschulen, die sich mit allen neu aufkommenden Fragen beschäftigt und
 120 entsprechend über den Hochschulbetrieb in den Corona-Semestern entschieden
 121 haben, waren zunächst an fast allen Thüringer Hochschulen ohne eine studentische
 122 Beteiligung. Zwar verbesserte sich die Situation seitdem, aber dennoch wird die
 123 studentische Stimme vor allem bei Belangen rund um das Thema Umgang mit der
 124 Pandemie viel zu wenig gehört.

125 Um diesen Zustand zu ändern, fordern wir:

- 126 • Die Konferenz Thüringer Studierendenschaften (Zusammenschluss aller
 127 Thüringer Studierendenräte und des Studierendenkonvents) muss nicht nur
 128 mit einem **Rederecht bei der „Thüringer Landespräsidentenkonferenz“**
 129 dauerhaft zu Gast sein dürfen, sondern auch explizit zu ihrer Meinung
 130 befragt und in die Entscheidungen einbezogen werden. Nur so kann ein

bestmögliches Ergebnis erzielt werden, das einerseits die Parität bewahrt und sich andererseits weniger nachteilig für die Studierenden auswirkt.

- Das Wissenschaftsministerium muss mit Nachdruck dafür Sorge leisten, dass in **allen Krisengremien der Hochschulen eine studentische Beteiligung** sichergestellt ist. Dies schließt ebenfalls alle ähnlichen Gremien und Arbeitsgruppen ein, die über Parameter beraten oder entscheiden, die das Hochschulleben wesentlich oder teilweise beeinflussen – unabhängig einer Pandemie. Die finale Entscheidung soll in den statusgruppen-paritätisch besetzten Hochschulgremien getroffen werden, anstatt wie jetzt im Präsidium, nach der Beratung in den nicht statusgruppen-paritätischen Krisengremien.

Betreuung der Studierenden: Gut durch das Studium, auch während Corona!

Durch die Pandemie ist der Anteil an psychisch belasteten Studierenden um 3% auf insgesamt 10% gestiegen. Dies ergab eine Umfrage des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) aus dem Jahr 2020, in der **47% der befragten Studierenden angaben, dass sie sich wegen der Pandemie stark gestresst fühlen und deshalb mit der Verlängerung ihres Studiums rechnen**. Die Pandemie zeigt auf unter welchem mentalen Druck Studierende derzeit stehen und mit welchen gesundheitlichen Problemen sie zu kämpfen haben. Daher ist es nun umso wichtiger, diese Studierende bestmöglich durch gute Betreuungsangebote zu unterstützen, um ihnen Stress und Sorgen abzunehmen, damit sie ihr Studium nicht abbrechen, sondern erfolgreich beenden können.

Deshalb fordern wir:

- Den sofortigen Ausbau der **psychosozialen Beratung** an den Thüringer Hochschulen. Es bedarf mehr Personal, damit Anfragen in kürzester Zeit bearbeitet werden und Zweitgespräche binnen kurzer Zeit stattfinden können.
- Eine bessere Unterstützung von Studierenden mit Kindern, die insbesondere in der Prüfungsphase auf eine funktionierende **Notbetreuung für ihre Kinder** angewiesen sind.
- Eine echte **Anerkennung der individuellen Regelstudienzeit** gegenüber der üblichen Regelstudienzeit. Den Studierenden darf kein weiterer Stress und Druck entstehen, wenn sie ihr Studium nicht in der üblichen Regelstudienzeit absolvieren. Die Corona-Semester haben sich nachteilig auf das Studium ausgewirkt, deshalb muss die individuelle Regelstudienzeit auf die übliche Regelstudienzeit ordnungsgemäß angerechnet und nicht nur separat ausgewiesen werden.
- Klarheit in Bezug auf das bevorstehende Wintersemester 2021/22, das nach jetzigem Stand im besten Falle nur hybrid stattfinden kann. Selbst ein hybrides Semester verschleiern die Tatsache, dass es sich nichtsdestotrotz wieder um ein Corona-Semester handelt, in welchem nicht alle Studierende die Möglichkeit erhalten werden, den Hörsaal von innen zu sehen. Daher muss auch das **Wintersemester 2021/22 als Corona-Semester** anerkannt werden. Eine Anrechnung auf die Regelstudienzeit hat nicht zu erfolgen.

175 **Arbeit an Hochschulen: Sichere und faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen!**

176 Studentische Hilfskräfte und wissenschaftliche Mitarbeitende sind elementar für
 177 die Wissenschaft. Nur mit ihrer Hilfe gelingt heutzutage der Lehrstuhllalltag.
 178 Sie entlasten Dozierende immens, indem sie durch ihre eigenen
 179 Lehrveranstaltungen einen entscheidenden Beitrag für eine gute Lehre an den
 180 Hochschulen leisten. Sie unterstützen Projekte in der Forschung oder übernehmen
 181 auch eine Vielzahl von Tätigkeiten in der Verwaltung, indem sie bspw. Mails
 182 abfangen oder Klausuren korrigieren. Ohne die Zu- und Mitarbeit von ihnen, wäre
 183 der Hochschulalltag für viele Lehrstühle nicht zu bewältigen.

184 Dennoch sind die Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte teils sehr
 185 schlecht. Während wissenschaftliche Mitarbeitende als Angestellte an Hochschulen
 186 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst vergütet werden, sind
 187 studentische Beschäftigte davon ausgenommen. Die wenigsten von ihnen sind
 188 tarifvertraglich beschäftigt, d.h. sie treffen meist auf schlechtere
 189 Arbeitsbedingungen, wie eine schlechtere Bezahlung, keinen Urlaubsanspruch oder
 190 keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Mindeststandards an
 191 Arbeitnehmer:innenrechte sind für sie an Hochschulen nicht gewährleistet. Bei
 192 den wissenschaftlichen Mitarbeitenden besteht auch ein eindeutiger
 193 Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Befristung ihrer Arbeitsverträge. Diese
 194 werden nach dem **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** meist mehrfach hintereinander
 195 befristet, wodurch Planungsunsicherheiten und Existenzängste bei den Betroffenen
 196 entstehen.

197 Unser Anspruch an Hochschulen ist klar: Gute Lehre und Forschung bedürfen gute
 198 Arbeitsbedingungen! Wir zeigen uns daher solidarisch mit den Anliegen und
 199 Forderungen von studentischen und wissenschaftlichen Beschäftigten und fordern:

- 200 • Die Rechte von wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen
 201 Beschäftigten müssen gestärkt werden. Anstatt von zeitlich befristeten
 202 Arbeitsverträgen bedarf es einer **Mindestanstellungsdauer**.
- 203 • Unterstützung für die Petition der Initiative **TVStud**, die eine tarifliche
 204 Absicherung für studentische Beschäftigte fordert und sich insbesondere
 205 dafür einsetzt, dass Kettenbefristungen in studentischen Arbeitsverträgen
 206 abgeschafft werden. Dies sorgt dafür, dass studentische Beschäftigte in
 207 Personalräten mitbestimmen dürfen, jährliche Lohnerhöhungen (nach der
 208 Anbindung an die Lohnsteigerung des Tarifvertrags der Länder) erhalten und
 209 einen Urlaubsanspruch sowie eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
 210 besitzen.
- 211 • Eine verpflichtende **Frauenquote bei der Rekrutierung von Bewerber:innen**
 212 und eine diverse als auch paritätisch aufgestellte Berufungskommission bei
 213 der Vergabe sowie Besetzung von W2- und W3-Professuren.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

A14 Farbe bekennen!

Gremium: KV Weimar/Land
Beschlussdatum: 19.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir Jusos sind ein Jugendverband, der sich klar gegen Homo-, Bi-, Trans-, Inter-
- 2 und Queerfeindlichkeit positioniert und entschieden für LGBTQIA+-Rechte kämpft.
- 3 Um dies auch in unserer Selbstdefinition mithilfe der vier stets verwendeten
- 4 Adjektive widerzuspiegeln, ändern wir „feministisch“ zu „queerfeministisch“. Die
- 5 Jusos Thüringen gehen als Beispiel auf ihren Kanälen voran und tragen dieses
- 6 Anliegen ebenfalls auf die Bundesebene.
- 7 **Jusos – sozialistisch, queerfeministisch, antifaschistisch und**
- 8 **internationalistisch!**

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

A15NEU3 Sozialkunde & politischer Bildung die Relevanz geben, die sie verdienen

Antragsteller:in: KV Nordhausen
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die Thüringer Landesregierung auf, den Anteil der
- 2 politischen Bildung in den Lehrplänen aufzustocken, die Lehrkapazitäten
- 3 entsprechend anzupassen und der Demokratiebildung die Relevanz zukommen zu
- 4 lassen, die sie verdient.
- 5 Konkret sollen die Schüler:innen aller Schulformen ab der 6. Klasse zwei
- 6 Schulstunden Sozialkunde pro Woche bekommen. Allerdings darf politische Bildung
- 7 nicht nur auf den Sozialkunde-Unterricht beschränkt werden, sondern gehört zudem
- 8 didaktisch stärker in weitere Fächer eingebaut werden.
- 9 Darüber hinaus sollte auch in die Lehrpläne in der Grundschule altersgerecht
- 10 aufbereitet politische Bildung integriert werden.

Begründung

Nicht zuletzt die Ergebnisse der vergangenen U18-Wahlen zur Bundestagswahl, aber auch das Abschneiden der AfD bei Wähler:innen unter 25 Jahren zu den vergangenen Wahlen zeigen, dass in der Bildungspolitik gehandelt werden muss. Politische Bildung und Demokratiebildung fristet ein Schattendasein in den Lehrplänen.

In Thüringen kommen Schüler:innen erst in der 8. Klassenstufe mit Politikunterricht in Berührung. Das ist viel spät. Gleichzeitig liegt Thüringen mit einem Anteil von ein bis zwei Prozent Sozialkundeunterricht in der gesamten Unterrichtszeit unter den drei letzten Bundesländern (vgl. Ranking Politische Bildung 2020). Wir dürfen nicht zulassen, dass es vom Wohnort oder der Schulform abhängig ist, ob man gute politische Bildung erfährt. Daher setzen wir uns für die oben erwähnte Forderung zum Ausbau der politischen Bildung an Schulen ein.

A16 Ein bisschen Spaß muss sein!

Gremium: KV Weimar/Land
Beschlussdatum: 19.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen verankern in ihrer Satzung, dass ab sofort alle sogenannten
- 2 „Spaßanträge“ nur noch mit einem zusätzlichen performativen Beitrag eingebracht
- 3 werden können.

Begründung

Eigentlich steht der Juso-Kreisverband in der europäischen Kulturhauptstadt* inklusive dessen Umlands aufgrund seiner natürlichen Nähe zum sachbezogenen, zielorientierten Arbeiten über den sogenannten „Spaßanträgen“. Sie sehen dennoch ein, dass das historisch gewachsene, kulturelle Erbe Thüringens auch bei den Jusos Thüringen bewahrt werden muss. Um der Intention der sogenannten „Spaßanträge“ aber dann auch wirklich gerecht zu werden, ist es wichtig, den für die Bevölkerung wichtigen „Spaß“ in den Vordergrund zu stellen. Performative Beiträge können aus dem Bereich Tanz, Musik und/oder bildende Kunst sein und sollten einen hohen kreativen Anspruch haben. Ein künstlerisches Konzept ist bei Abgabe des Antrages nicht notwendig, um auch improvisatorische Freiheiten zu gewährleisten.

*des Jahres 1999 (aber in den Köpfen noch bis heute)

A17NEU Anspruch auf bezahlte Menstruationsfreistellung

Gremium: KV Weimar/Land - Jusos Heidelberg
Beschlussdatum: 19.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir sprechen uns für einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung für 1-5 Tage pro
2 Monat bei Menstruationsbeschwerden menstruierender Arbeitnehmer:innen aus. Damit
3 leisten wir einen Beitrag zur Enttabuisierung und Entstigmatisierung der
4 Menstruation.
- 5 Voraussetzung des Anspruchs auf Entgeltfortzahlung bei Menstruationsbeschwerden
6 ist ein jährlich ausgestelltes ärztliches Attest, das eine Menstruation des:der
7 Arbeitnehmer:in und Beschwerden im Zusammenhang mit der Menstruation attestiert.
8 Darunter sind alle körperlichen und psychischen Belastungen zu verstehen, unter
9 denen menstruierende Personen aufgrund ihrer Menstruationszyklen leiden können.
10 Diese Belastungen können unter anderem umfassen: Bauchkrämpfe, Gelenkschmerzen,
11 insbesondere eine Ausstrahlung der Schmerzen in Beine und Rücken,
12 Verdauungsbeschwerden, Übelkeit, Schwindel, Kreislaufprobleme, Kopfschmerzen,
13 Appetitlosigkeit, depressive Verstimmungen, Konzentrationsstörungen,
14 Schlaflosigkeit und Müdigkeit.
- 15 Da Menstruationsbeschwerden sehr individuell sind, stellen wir nicht auf eine
16 einheitliche Lösung ab und fordern keine automatische Verpflichtung der
17 Inanspruchnahme der Menstruationsfreistellung durch menstruierende
18 Arbeitnehmer:innen. Vielmehr soll der Anspruch für 1-3 Tage pro Monat durch die
19 Arbeitnehmer:innen freiwillig durch Mitteilung gegenüber ihren Arbeitgeber:innen
20 geltend gemacht werden können. Eine menstruierende Person, die ihr zustehende
21 Tage nicht in Anspruch nimmt, soll keine Ausgleichszahlung beanspruchen können,
22 da durch diese ein falscher finanzieller Anreiz auf Nichtinanspruchnahme der
23 freien Tage gesetzt würde. Auch nicht-menstruierende Personen können keine
24 Ausgleichszahlungen verlangen, da es sich bei der Menstruationsfreistellung
25 nicht um eine Bevorteilung menstruierender Arbeitnehmer:innen handelt.
- 26 Wir positionieren uns weiterhin dahingehend, dass wir die Frage nach einer
27 möglichen oder geplanten Inanspruchnahme der Menstruationsfreistellung als eine
28 im Bewerbungsgespräch unzulässige Frage ansehen, die den Bewerber:innen ein
29 Recht zur Lüge gibt.

Begründung

Eine erhebliche Anzahl von Personen ist von der Menstruation betroffen, im Regelfall einmal monatlich für 5-7 Tage. Es handelt sich dabei um einen natürlichen körperlichen Vorgang. Dennoch wird das Thema Menstruation und Beschwerden im Zusammenhang mit der Menstruation in der Gesellschaft weiterhin tabuisiert und klein geredet. Laut dem SCA-Matters Report des SCA aus dem Jahr 2016 stellt die

Menstruation für 18 % der deutschen Frauen ein absolutes Tabu dar, weshalb sie darüber nie sprechen würden. Dabei haben laut Techniker Krankenkasse 75 % aller Frauen zeitweise mit leichten bis stärkeren Beschwerden während ihrer Menstruation zu kämpfen. Mehr als 10 % aller Frauen haben so starke Beschwerden, dass sie ihren Beruf und Alltag nicht mehr wie gewohnt meistern können.

Der medizinische Begriff für Regelschmerzen während der Menstruation lautet Dysmenorrhoe. Dabei beruhen nicht alle Schmerzen ausschließlich auf der Menstruation selbst. Mediziner unterscheiden zwischen primärer und sekundärer Dysmenorrhoe. Während die primäre Dysmenorrhoe Beschwerden beschreibt, die durch die Menstruation selbst ausgelöst werden, v.a. verstärkte Gebärmutterkontraktionen, umfasst die sekundäre Dysmenorrhoe Folgebeschwerden oder Erkrankungen, wie Myome, Zysten oder Endometriose, die ebenfalls besonders starke Schmerzen während der Periode auslösen können. Jüngere Personen sind häufiger von Dysmenorrhoe betroffen, während Personen über 35 Jahren öfter unter dem prämenstruellen Syndrom (PMS) leiden. PMS beschreibt die Beschwerden in den Tagen bis zu zwei Wochen vor der Regelblutung aufgrund eines hormonellen Ungleichgewichts im Körper.

Wie auch die Menstruation selbst ist der Umgang mit den damit zusammenhängenden Beschwerden noch nicht in der Normalität der Gesellschaft angekommen. Bei Regelschmerzen wird Betroffenen gerne erklärt, sie sollten einfach die Zähne zusammenbeißen und eine Schmerztablette nehmen. Dass es sich bei Menstruationsbeschwerden nicht um eine faule Ausrede oder Hysterie handelt, zeigt die Studie von John Guillebaud, Professor am University College London. Die Studie trifft eine klare Aussage zur möglichen Intensität von Menstruationsschmerzen: Krämpfe während der Periode können schmerzhafter sein als ein Herzinfarkt.

Eine Linderung können sich Betroffene des Öfteren durch Wärme mittels Wärmflaschen, Wärmepads oder Decken, Schlaf, Schmerzmittel, Ruhe und kontrollierte Atmung oder leichten Sport und Spaziergänge verschaffen. Stress trägt zu einer Verschlimmerung der Beschwerden bei. Am Arbeitsplatz lässt sich Stress meistens nicht vermeiden und die benannten Linderungsmöglichkeiten sind nicht oder nur sehr eingeschränkt zugänglich.

Als Lösung verbleibt somit aktuell nur die Krankmeldung oder ein Arbeiten unter dem Einfluss von Schmerzen oder starker Schmerzmittel. Die Krankmeldung stellt jedoch keine adäquate Alternative zur Menstruationsfreistellung dar. Die Beschwerden äußern sich zwar in körperlichen Symptomen. Dennoch stellen nicht alle mit der Menstruation verbundenen Beschwerden eine Krankheit dar. Vielmehr handelt es sich um normale Funktionen des Körpers menstruierender Arbeitnehmer*innen, mit der Besonderheit, dass der zyklisch bedingte Normalzustand Schmerzen auslösen kann. Außerdem kann eine häufige Krankmeldung weitere Nachteile nach sich ziehen. So gibt es arbeitgeberseitige Regelungen, die Sonderzahlungen für einen besonders niedrigen Krankenstand der jeweiligen Mitarbeiter:innen vorsehen. Auch im Rahmen einer krankheitsbedingten Kündigung könnte eine monatliche Krankmeldung relevant werden.

Es gibt zahlreiche Länder in Asien, die genau einen solchen Anspruch auf Menstruationsfreistellung vorsehen. In Japan und Indien gibt es bereits seit 1947 eine gesetzliche Menstruationsfreistellung. Südkorea hat eine solche Regelung seit dem Jahr 2001. In Taiwan können sich Menstruierende seit 2013 bis zu 3 Tage pro Monat frei nehmen, in Indonesien bis zu 2 Tage.

Auch in Europa wird die Thematik in den letzten Jahren häufiger diskutiert. In Russland scheiterte ein Gesetzesvorschlag jedoch im Jahr 2013. 2014 sorgte der britische Professor und Gynäkologe Gedis Grudzinkas mit dem Vorschlag auf dem Festival of Ideas für Aufsehen. In Italien wurde 2017 ein diesem Antrag im Wesentlichen entsprechender Vorschlag unterbreitet, jedoch abgelehnt. Die Jusos Bern waren vor zwei Jahren mit einem Antrag auf bezahlten Menstruationsurlaub in der Schweiz in aller Munde. Bislang scheint die Lobby für gesetzliche Änderungen in Europa jedoch nicht groß genug zu sein.

Es bleibt daher aktuell noch einzelnen Unternehmen überlassen, selbst Vorreiter zu sein und den Anspruch auf „paid menstrual leave“ in ihren Richtlinien festzusetzen. Bei Nike gibt es die Menstruationsfreistellung bereits seit 2007. Die Eventfirma Coexist in Bristol hat in den letzten Jahren als erste Firma mit Menstruationsfreistellung im Vereinten Königreich auf sich aufmerksam gemacht.

Als Hauptkritikpunkt eines Anspruchs auf Menstruationsfreistellung, der weitläufig als „Menstruationsurlaub“ diskutiert wird, wird eine drohende Benachteiligung und Sexismus am Arbeitsplatz angeführt. Frauen würden damit zu unattraktiveren Arbeitnehmerinnen gemacht, da sich der:die Chef:in überlegen müsse, ob er:sie eine Frau mit einem möglichen Anspruch auf Menstruationsfreistellung oder nicht doch lieber einen Mann anstelle. Dieses Argument könnte auch für die Regelungen zu Mutterschutz, Elternzeit und Pflegezeit angeführt werden. Frauen im gebärfähigen Alter sind bereits jetzt die unattraktivste Zielgruppe für Arbeitgeber:innen, sofern diese ihr Personal ausschließlich nach möglichen Ausfallzeiten auswählen. Und dennoch werden junge Frauen eingestellt, sie gelten in der Arbeitswelt als besonders fleißig und engagiert.

Bex Baxter der Firma CoExist in Bristol hat die Erfahrungen gemacht, dass sich die Mitarbeiter:innen durch das entgegengebrachte Verständnis mehr für ihren Job motivieren könnten und nach den Ausfallzeiten ausgeruhter und konzentrierter arbeiteten.

Der Anspruch auf Menstruationsfreistellung stärkt auch keine weiblichen Stereotype und erklärt Frauen zum schwachen Geschlecht. Im Gegenteil: Er schafft einen Weg, Nachteile im Beruf aufgrund von natürlichen Beschwerden des Körpers aufzufangen, lässt aber auch die Möglichkeit offen, davon keinen Gebrauch zu machen. Wie bei jedem Anspruch, besteht natürlich auch bei einem Anspruch auf Menstruationsfreistellung die Möglichkeit eines unberechtigten Ausnutzens der gesetzlichen Grundlage. Diese Kritik entbehrt bislang aber jeder Grundlage. Zum einen wird der Kritik durch die Notwendigkeit eines jährlichen ärztlichen Attests Rechnung getragen. Im Übrigen müsste mit einer solchen Argumentation auch eine Pflicht zur Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung im Falle einer Krankmeldung am ersten Tag gefordert werden.

Die Menstruation ist nichts Ekliges, Schmutziges oder etwas, für das sich Betroffene schämen sollten. In einigen Fällen und an einigen Tagen ist es einfach nur schmerzhaft. Dieser Antrag kann einen Beitrag dazu leisten, dies anzuerkennen und mit bestehenden Tabus zu brechen.

A18NEU3 Lebenszyklusanalyse bei jedem Bauvorhaben!

Gremium: KV Weimar/Land
Beschlussdatum: 19.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Bauindustrie ist lebensnotwendig. Aber in ihrer derzeitigen Form
2 klimazerstörend. Daher ist die Bauindustrie als eine der emissionsreichsten
3 Industrien in die Pflicht zu nehmen damit Klimaziele wie Klimaneutralität der EU
4 bis 2050 und das Pariser Klimaabkommen unter 1,5°C Erwärmung zu bleiben,
5 Realität werden können.
6
- 7 Es gibt mittlerweile einige Gesetze und Normen, die sich mit der Nachhaltigkeit
8 von Bauten, insbesondere der Energieeffizienz von Gebäuden, beschäftigen.
9 Außerdem gibt es ProgRes III, das Deutsche Programm zur Ressourceneffizienz. Aber
10 - das reicht noch nicht aus. Die Notwendigkeit des Bauens ist nicht von der Hand
11 zu weisen, dennoch muss dieses so nachhaltig wie möglich geschehen, unter der
12 Beachtung aller Faktoren, damit unsere Lebensgrundlage auf dieser Erde weiterhin
13 bestehen bleibt
14
- 15 Wir Jusos Thüringen fordern die SPD Abgeordnete im Thüringer Landtag, im
16 Bundestag und im EU Parlament, sich für verpflichtende Lebenszyklusanalyse bei
17 jedem Bauvorhaben einzusetzen, um die Emissionen von Gebäuden und anderen
18 Ingenieurstrukturen zu reduzieren.
- 19 Eine Lebenszyklusanalyse nimmt die unterschiedlichen Phasen des Bauvorhabens in
20 betracht, von der ersten Herstellung über die Nutzung bis zum Abbruch. In jeder
21 Phase werden die Emissionen und der Ressourcenverbrauch betrachtet und
22 quantifiziert. Mit Hilfe der LZA werden Bauten in ihrer gesamten Existenz auf
23 ihre umwelt- und sozialverträglichkeit geprüft. Es wird nicht nur der
24 Energieverbrauch während der Nutzung in Betracht gezogen, sondern die
25 Auswirkungen in jeder Phase. Dadurch, dass auch der Abbruch in die Bewertung mit
26 eingeht, wird mehr Fokus auf die Wiederverwertbarkeit von Rohstoffen gelenkt.
27 Eine Lebenszyklusanalyse ist der erste Schritt Richtung Kreislaufwirtschaft in
28 der Bauindustrie.
29
- 30 Für Baugenehmigung aller Bauvorhaben soll eine Lebenszyklusanalyse (LZA)
31 verpflichtend werden, wie es ab nächstem Jahr in Frankreich Pflicht sein wird.
32 Als Maßgabe muss dabei gelten, dass die Bauten eine Erderwärmung von mehr als
33 1,5°C nicht fördern. Dazu können Referenzmethoden verwendet werden, die
34 vergleichend darlegen, ob ein Bau zu Klimaerwärmung von mehr als 1,5°C beiträgt
35 oder darunter bleibt. (s. zum Beispiel right-basedonscience.de) Die Vorschriften
36 müssen für öffentliche wie auch private Bauten gelten, und für jede Art von Bau,
37 seien es Infrastrukturprojekte oder Gebäude.
38

39 Auf EU-Ebene müssen Normen und Vorschriften EU-weit weiterhin standardisiert
40 werden. Außerdem müssen LZA-Werkzeuge wie Level(s) weiter ausgearbeitet werden
41 und in verpflichtende Normen manifestiert werden, um dem European Green Deal
42 gerecht zu werden und eine klimaneutrale EU bis 2050 zu erreichen.

43 Bei der Ausarbeitung der Vorschriften sollen Expert:innen auf dem Gebiet der
44 Emissionsreduktion und LZA im Bauwesen herangezogen werden, um auf
45 wissenschaftlicher Basis bestehende Regularien sinnvoll und effizient
46 auszubauen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

A19 Doppelspitze für die Jusos Thüringen

Antragsteller:in: Landesvorstand
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Folgende Änderung wird in der Richtlinie beantragt:
- 2 § 7 Landesvorstand
- 3 (1) Der Landesvorstand besteht aus der:dem gewählten Vorsitzenden und 8
- 4 gleichberechtigten Landesvorsitzenden.
- 5 wird in folgende Fassung geändert:
- 6 (1) Der Landesvorstand besteht aus:
- 7 - zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau, und 7
- 8 gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden
- 9 oder
- 10 - dem:der Vorsitzenden und 8 gleichberechtigten stellvertretenden
- 11 Landesvorsitzenden.
- 12 Sowie:
- 13 In der gesamten Richtlinie wird der Doppelpunkt als Mittel der gendergerechten
- 14 Sprache angewendet.

Begründung

Begründung:

Der Juso-Landesausschuss hat auf Initiative von drei Juso-Kreisverbänden **einstimmig** den Beschluss gefasst, die aufgeführten Änderungen in der Richtlinie dem SPD-Landesvorstand zur Beschlussfassung vorzulegen. Hintergrund ist, dass die aktuelle Richtlinie hinter den Forderungen der Jusos in den letzten nach einer Doppelspitze als Möglichkeit in den SPD-Strukturen zurückbleibt. Die Anpassung ist an der Satzung der Bundes-SPD angelehnt.

11 R2G und RG2 - Dem Morgen Rot entgegen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.10.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir wollen dem Morgen Rot entgegen!
- 2 Wahlsieg der SPD, endlich endet die GroKo und Jusos erobern den Bundestag. Es
- 3 gab schon schlechtere Momente für die Sozialdemokratie und die
- 4 Jungsozialist:innen in der SPD.
- 5 Das alles kommt nicht von ungefähr. Der Wahlsieg baut auf einer jahrelangen und
- 6 konsequenten inhaltlichen Erneuerung auf – maßgeblich organisiert und immer
- 7 wieder vorangetrieben von den Jusos. Die Antworten der SPD auf die Fragen
- 8 unserer Zeit wurden wieder linker. Endlich wurde linke Sozialpolitik wieder
- 9 politisches Programm. Dass die SPD Hartz IV überwinden will, haben wir
- 10 geschafft! Doch Programme allein erwirken noch keinen echten gesellschaftlichen
- 11 Fortschritt. Damit die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, die Befreiung
- 12 der Arbeiter:innen politische Realität wird, braucht es die SPD und die Jusos
- 13 als linkes Korrektiv. Als sozialistischer, (queer-)feministischer und
- 14 internationalistischer Jugendverband definieren wir uns allerdings nicht nur
- 15 über die parlamentarische Arbeit, sondern auch über die Verbindung und das
- 16 Engagement in den sozialen Bewegungen.
- 17 Mit den vielen neuen jungen Abgeordneten steigt die Bedeutung der Jusos
- 18 innerhalb der SPD. Und das muss man auch ehrlich formulieren: Unser
- 19 Machtanspruch steigt mit der jüngeren, weiblicheren, (post-)migrantischeren und
- 20 ostdeutschen Zusammensetzung der SPD-Bundestagsfraktion. Gerade, weil nur durch
- 21 das große Engagement der Jusos das gute Abschneiden der SPD bei der
- 22 Bundestagswahl erst möglich war.
- 23 Diese neue Verantwortung nehmen wir wahr und für uns bleibt klar: Der Markt
- 24 regelt einen Scheiß. Die Beseitigung von Ungerechtigkeiten und die Ermöglichung
- 25 des guten Lebens für alle hat im Kapitalismus seine Grenzen. Unsere Maxime
- 26 lautet daher unverändert: Wir müssen den Kapitalismus überwinden.
- 27 **1. Fortschritt mit der Ampel ist möglich, aber noch steht sie auf Gelb**
- 28
- 29 Seit wenigen Wochen verhandeln SPD, Grüne und FDP über eine sog. Ampel-
- 30 Koalition. Immer wieder wird dabei betont, wie vertrauensvoll die Kommunikation
- 31 ist und von welchem guten Stil die Gespräche geprägt sind. Das mag für die
- 32 Verhandler:innen wichtig sein, aber das allein reicht nicht, um die großen
- 33 Herausforderungen dieser Zeit nicht weiter aufzuschieben: Soziale Ungleichheit,
- 34 Klimakrise und die ungewisse Zukunft des europäischen Projekts.

35 Wir begrüßen manche Vorhaben, die in den Sondierungen vereinbart wurden: 12 Euro
36 Mindestlohn, Kinderrechte ins Grundgesetz und ein Demokratiefördergesetz. Aber
37 das ist bei weitem nicht ausreichend, damit die Ampel von Gelb auf Rot springt.
38 An den entscheidenden Stellen krankt die selbsterklärte Fortschrittskoalition.

39 Einerseits werden enorme Investitionen in Aussicht gestellt und andererseits
40 lässt die FDP keine Luft an ihre Doktrin der staatlichen Schuldenbremse. Für die
41 enormen Herausforderungen unserer Zeit brauchen wir öffentliche Investitionen,
42 denn sozial-ökologische Transformation, Digitalisierung und soziale
43 Ungerechtigkeiten kommen nicht von selbst. An dieser Stelle führt an einem Umbau
44 des Steuersystems kein Weg vorbei: Wirtschaftlich Privilegierte müssen einen
45 größeren Beitrag leisten, über die Erbschaftsteuer, eine Vermögensteuer oder
46 eine angepasste Einkommensteuer, in der große Einkommen mehr und kleine weniger
47 stark besteuert werden. Umverteilung darf dabei kein politisches Schlagwort
48 bleiben, sondern ist zwingend notwendig, um die Schere zwischen Arm und Reich zu
49 verringern.

50 Auch arbeitspolitisch wollen wir keine Liberalisierung. Wer die Arbeitszeit
51 flexibilisieren will, kann nur die Wochenarbeitszeit heruntersetzen – gern auf
52 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich. 12 Euro Mindestlohn allein reichen nicht
53 für zukunftsfeste, gute Arbeit. Vielmehr brauchen wir endlich eine
54 umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie, um jungen Menschen eine Perspektive zu
55 bieten.

56 Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist klar, dass wir unser Gesundheitssystem
57 überarbeiten müssen. Daher muss die kommende Bundesregierung endlich die Zwei-
58 Klassen-Gesellschaft im Gesundheitssektor beenden und die
59 Bürger:innenversicherung einführen.

60 In Sachen Klimapolitik reichen die Ergebnisse der Sondierungen ebenso wenig aus.
61 Wir müssen den CO₂-Preis anheben – verbunden mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen,
62 feste CO₂-Budgets einführen und schnellstens auf erneuerbare Energien umsteigen.
63 Die Klimafrage ist eine Soziale Frage – genauso müssen wir sie angehen, um das
64 1,5 Grad-Ziel nicht zu verfehlen.

65 Die Ampel kann nur den gesellschaftlichen Fortschritt widerspiegeln, wenn dieses
66 Bündnis das Staatsbürgerschaftsrecht, Abstammungsrecht und Familienrecht
67 reformiert und sowohl das Transsexuellengesetz als auch die §§ 218 ff. StGB zur
68 Illegalität von Schwangerschaftsabbrüchen abschafft.

69 Diese Bundestagswahl hat aber auch gezeigt, dass die SPD die einzig verbliebene
70 demokratische Ostpartei ist. Diese besondere Rolle und die damit einhergehenden
71 Erwartungen muss die Sozialdemokratie sowohl in einer möglichen Regierung aber
72 auch als Partei verarbeiten. Die SPD muss die inhaltliche Vertretung der
73 Menschen im Osten darstellen, die zu großen Teilen gebrochene Lebensläufe
74 aufweisen, die immer noch mit den sozialen und wirtschaftlichen Folgen des
75 ostdeutschen Ausverkaufs an den Westen hadern und die auch 2021 nicht annähernd
76 in den Führungspositionen des vereinten Deutschlands angekommen sind. Dabei muss
77 auch gesondert die Situation der jungen Menschen in Ostdeutschland in den
78 kommenden Jahren in den Blick genommen werden, die zwar selbst die DDR nicht
79 mehr erlebt haben, aber die gesellschaftlichen Nachteile zu spüren bekommen.

80 Das ist unser Anspruch an eine Ampel, damit dem Morgen Rot nichts entgegensteht.

81 **2. Und Thüringen so? R2G reloaded!**

82

83 Die Ergebnisse der Bundestagswahl haben einmal mehr verdeutlicht, dass in
84 Thüringen, aber auch im gesamten Osten radikal rechte Einstellungen sehr weit in
85 der Gesellschaft verbreitet sind. Die AfD erreichte in Thüringen etwa ein
86 Viertel aller Stimmen, ganze vier Direktmandate und wurde stärkste Partei. Diese
87 Erkenntnisse sind weder neu, noch überraschend. Das Wahlergebnis macht sie nur
88 sichtbar.

89 Das Wahlergebnis muss Weckruf sein. Eine politische Gruppierung, die einen
90 Faschisten als Anführer feiert und versucht die demokratischen Strukturen zu
91 unterwandern, muss politisch bekämpft werden. Gleichzeitig dürfen wir es nicht
92 zulassen, dass Menschen in Ostdeutschland bzw. in Thüringen weiter abgehängt
93 werden. Dabei steht es jedoch außer Frage, rassistische oder antisemitische
94 Einstellungen zu relativieren oder zu tolerieren - sie haben keinen Platz in
95 unserer Gesellschaft.

96 Aber Thüringen kommt auch abseits der Bundespolitik nicht zur Ruhe. Eigentlich
97 hätten in diesem Jahr Neuwahlen des Thüringer Landtages stattfinden sollen.
98 Notwendig wurde das, nachdem vor eineinhalb Jahren CDU und FDP gemeinsam mit AfD
99 einen Kurzzeit-MP gewählt hatten. Nun schaffte es dieses Parlament – vor allem
100 dank der CDU nicht, sich selbst aufzulösen. In dieser Konsequenz gibt es
101 weiterhin keine parlamentarische Mehrheit für die rot-rot-grüne Regierung, aber
102 auch für keine anderweitige Koalition.

103 Als Jusos halten wir Neuwahlen weiterhin als beste Variante, um das politische
104 “Auf-der-Stelle-treten” zu beenden. Praktisch wird das aber ein unerfüllter
105 Wunsch bleiben. Deshalb muss insbesondere die CDU in die Verantwortung genommen
106 werden. Wer sich Thüringen-Partei nennt, muss bereit sein, mit anderen
107 demokratischen Parteien zusammenzuarbeiten, anstatt Fundamentalopposition zu
108 spielen.

109 Letzteres wird vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsverhandlungen
110 deutlich. Die Union stellt in Aussicht, den Landeshaushalt 2022 mit vielen
111 wichtigen Vorhaben aus politischem Kalkül zu blockieren. Allgemein ist dieser
112 Haushaltsentwurf unzureichend für die aktuellen Herausforderungen, denen
113 Thüringen begegnen muss. Anstatt in wichtige soziale Projekte, die Infrastruktur
114 oder in eine gute Bildungslandschaft zu investieren, wird an einigen Stellen der
115 Rotstift angesetzt. Sparen in der Krise hat noch nie geholfen – die Aufnahme
116 neuer Kredite ist nachhaltiger als die Zukunft kaputtzusparen.

117 Wir stehen für ein starkes rot-rot-grünes Bündnis, das gemeinsam die großen
118 Herausforderungen in Thüringen angeht. Aber wir fordern alle
119 Koalitionspartner:innen auf, den Dauerwahlkampf-Modus untereinander zu beenden.
120 Es braucht eine Landesregierung, die mehr in der Sache kämpft, als sich mit sich
121 selbst beschäftigt.

122 Gemeinsam mit den rot-rot-grünen Jugendverbänden werden wir uns dafür einsetzen,
123 R2G neues Leben einzuhauchen. Für alles andere sind die Herausforderungen zu
124 groß. Digitalisierung, Klimaneutralität, soziale Herausforderungen, eine moderne
125 Bildungspolitik und vieles mehr können nicht bis 2024 warten.

126 Für uns steht fest - egal ob im Bund oder in Thüringen: Wir wollen dem Morgen
127 Rot entgegen!

I2NEU Bildung die Leben rettet - Katastrophen- und Gesundheitsschutz in den Lehrplan aufnehmen.

Antragsteller:in: KV Gera
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir fordern, dass das richtige Verhalten in Katastrophenfällen und
- 2 lebensrettenden Maßnahmen, in den Thüringer Lehrplan aufgenommen werden. Jedes
- 3 Schuljahr sollen alle Schulen im Freistaat Thüringen, die Schüler:innen darüber
- 4 aufklären, wie man sich in bestimmten Ausnahmesituationen zu verhalten hat.
- 5 Solche Situationen sind unter anderem Naturkatastrophen wie Hochwasser,
- 6 Erdbeben, Brände, schwere Stürme, Hurricans oder Tornados; Ereignisse und
- 7 Notfälle wie Stromausfälle oder Amokläufe, aber auch der richtige Umgang mit
- 8 verletzten Personen (Erste Hilfe), müssen den Lernenden nähergebracht werden.
- 9 Der Lehrplan für diese Unterrichtsstunden soll vom Freistaat Thüringen in
- 10 Zusammenarbeit mit Expert:innen des Katastrophenschutzes einheitlich und
- 11 verbindlich für alle Schulen entwickelt werden. Um Lehrkräfte beim Unterrichten
- 12 zu entlasten, sollen externe Organisationen wie zum Beispiel das THW, die
- 13 Feuerwehr oder das Rote Kreuz hinzugezogen werden.

Begründung

Waldbrände, Hochwasser, Erdbeben, Amokläufe oder Bombendrohungen finden nicht nur in geografisch weit entfernten Regionen statt, sondern auch vor unserer eigenen Haustür. Genauso kommt es auch im eigenen Leben zu Verletzungen oder anderen Gefahren für den Körper. Doch darüber, wie man sich am besten in solchen Situationen verhält, machen wir uns oft erst im Moment des Geschehens Gedanken. Das kann fatale Folgen haben, denn das richtige Verhalten bei Katastrophen- und Ausnahmefällen ist lebenswichtig.

Die Schule soll uns auf das Leben vorbereiten. Dazu zählt auch, uns auf einige Gefahren dieses Lebens aufmerksam zu machen. Wichtig ist, dass wir nicht nur über potentielle Gefahren in Thüringen aufklären, sondern uns auf der ganzen Welt richtig zu verhalten wissen. Von klein auf gelernt zu haben, sicher in bestimmten Katastrophenfällen zu agieren, kann daher nicht nur hilfreich, sondern auch lebensrettend sein.

Der jährliche Probealarm für einen Brand in Schulen hat sich bereits seit langer Zeit als wirksam herausgestellt. Erweitern wir nun den Lehrplan und unterrichten über mehr Katastrophen- und Gesundheitsschutz, so kann ein Beitrag zu mehr Sicherheit in unserer Gesellschaft geleistet werden.